

Internationale Solidarität –

auch nach dem 1. Mai

Neue Kolumne von
Angelika Hanauer: Vom
Sinn der Schulaufsicht

Trauer um Ingrid
Emmenecker:
Ein Nachruf

Reform der
Schulsozialarbeit:
Neues Rahmenkonzept

Inhalt

- 2 Moment mal und in-Team**
- 4 GEW Gremien**
1. Mai (Bericht, Kommentare),
Fachkräftemangel,
Arbeitszeit,
Mitgliederversammlung,
Personalrat Schulen
- 9 Nachruf für Emmi**
Wilfried Sobich, Jürgen Burger,
Ursula Hartmann-Heilbronn
- 10 Zeitlupe: Grundfarbe Deutsch**
Umes Arunagirinathan
- Schwerpunkt**
- 11 Vorwort**
Werner Pfau
- 12 Erfahrung mit Diskriminierung**
Interview mit Ahmed Nadir
- 16 Feminismus und Säkularismus**
Interview mit Naïla Chikhi
- 18 Fachtag Sprachförderung**
Barbara Schüll
- 20 Internationaler Jugendaustausch**
Swantje Hüsken
- 22 Deutsch-polnische Kooperation**
Björn Herrmann
- 24 Auslandsschulwesen und Solidarität**
Franz Dwertmann



Zeitlupe: Grundfarbe Deutsch

Seite 10



Interview mit Naïla Chikhi

Seite 16

- 28 Solidarität durch Projekt Erasmus+**
Michael Graf-Jahnke
- 32 Internationales Theaterprojekt**
Abiud Chinelo

Bildung und Gesellschaft

- 34 Neue Kolumne: Schulaufsicht**
Angelika Hanauer
- 36 Kolonialismus im Unterricht: Indien**
Werner Pfau
- 40 Krieg in der Ukraine**
Kai Reimers
- 42 Schulsozialarbeit**
Ines Lemmer und Martina Broschk

Rubriken

- 44 GEW-intern: Neue Arbeitsgruppe**
Ingo Lenz
- 45 Leserbrief**
- 46 Gratulationen**
- 47 Corona-Debatte**
Gunnar Weber
- 48 Bücher und Medien**
- 50 Frischluft**
Wilfried Meyer
- 51 GEW-Termine, Impressum**
- 52 Hinweise, Seminare, Preisrätsel**

1. Mai: Endlich wieder unter freiem Himmel

DGB-Kundgebungen
in Bremen und Bremerhaven

Von Swantje Hüsken und Karsten Krüger



Ausgelassene Stimmung und kreative Beiträge (Fotos: Susanne Carstensen, Andreas Staets und Ali Kaya)

Die Gewerkschaften haben aufgeatmet. Das erste Mal seit Ausbruch der Pandemie konnten wieder Mai-Demonstrationen und anschließende Kundgebungen wie gewohnt stattfinden.

In Bremen ging es traditionell am Weserstadion los. Die EVG verteilte großzügig Brötchen und Mandelhörnchen (Danke dafür). Bei schönstem Wetter zog der Demo-Zug zum Domschhof. Kinder bemalten ein großes Friedenszeichen. Die Redner betonten die Wichtigkeit des solidarischen Miteinanders, gerade in unruhigen Zeiten. Sie forderten, dass bei der derzeit hohen Inflationsrate die Löhne entsprechend steigen müssen.

Auch in Bremerhaven gab es auch eine ausgelassene und sonnige Stimmung. Neben den Einzelgewerkschaften organisierten sich die migrantischen Vereine, Fridays-For-Future-Aktivistinnen, Jugendverbände und politischen Parteien. Nach zwei Jahren Abstinenz und im Angesicht eines in Europa geführten Krieges, zeigte sich eine große Einigkeit aller Beteiligten: Unsere Demokratie ist kostbar und schützenswert. Hauptredner Jürgen Trittin machte der störenden Gegendemonstration verbal und lautstark den Garaus. Der DGB-Vorsitzende in Bremerhaven, Sascha Kuntzmann, schwor auf die anhaltenden, krisenbedingten Veränderungen in der Berufswelt ein.



Nachwuchsförderung in der Krise

Erst nach den jungen Menschen rufen und dann ihren Ruf nicht mehr hören

Von Swantje Hüskens

1. Mai, geiles Wetter, alte Hasen und Häsinnen, neue Bewegungen. In Bremerhaven ist entgegen der Kurzfristigkeit zum Aufruf einer Präsenz-Demo einiges los gewesen. Ja, nicht so viel wie in den Jahren zuvor und dennoch mit neuen „Gesichtern“: Fridays-For-Future, feministische Aktivistinnen, LGBTQ-Arbeitsgruppen. Toll! Dazu auf dem Podium eine Schüler:innen-Rap-Band einer hiesigen Oberstufe.

Diese Begeisterung teilten einige. Wir schwelgten in den Ideen, wie sich bereits 2023 das Gesicht der Kundgebung verjüngen könnte. An allen Ecken und Kanten, nicht nur im gewerkschaftlichen Kontext, hat Corona auch an dieser Stelle aufgezeigt, wie wichtig das generationenübergreifende Denken und Handeln bleiben muss, um Menschen früh an diese Formen des Ehrenamtes heranzuführen und sie in der Ausübung ihrer Interessen zu unterstützen. Wir bekannten uns zur Jugend!

Jedenfalls für den einen Moment. So die Erkenntnis bei der Ansage zur Rap-Band. Der fette Beat, die bunten Haare, der steile Text – wohl doch nix für die Alten. Zwei Lieder, voller Bekenntnisse zur Stadt, einem Nein zu rechter Gewalt und dann ein sich in Teilen abwendendes Publikum. Schade.



Buh-Rufe in Bremen und Bremerhaven

1. Mai: Krieg und Frieden und die Gewerkschaftsbewegung

Von Wilfried Meyer

Ich habe mich nicht wohlgefühlt am 1. Mai. Es gab viele Stimmen, die weder eine Aufrüstung, noch ein Sondervermögen von 100 Milliarden für Militär befürworten, die Waffenlieferungen in die Ukraine ablehnen, die dies als Beteiligung am Krieg werten. Das wurde klar und deutlich geäußert in Transparenten und Diskussionen. Die Aussage in offizieller Rede, dass wir „keine Ausweitung des Krieges wollen“, ist mir zu schwammig. Gar eine Befürwortung der Lieferung schwerer Waffen in Kriegsgebiet auf einer DGB-Kundgebung zu äußern wie vom Verdi-Vertreter, das hat zu Buhrufen und Ablehnung geführt. Und es stellt sich mir nach Lektüre der Presse zum 1. Mai die Fragen. Wenn unser Bremer DGB-Vertreter äußert: „...der DGB ist Teil der Friedensbewegung“, kann man dann die Befürworter von Waffenlieferungen auf DGB-Kundgebungen reden lassen? Von mir ein klares NEIN. Geschehen in Düsseldorf, wo Olaf Scholz zu „Frieden schaffen ohne Waffen“ kontert, eine solche Haltung sei „aus der Zeit gefallen“. Oder Herr Trittin in Bremerhaven „verteidigte die Bundesregierung, die Waffen an die Ukraine liefert. Dafür gab es Buh-Rufe.“

Die Gewerkschaftsbewegung sollte reflektieren, mit wem sie sich gemein macht und gemacht hat.

1. Mai



Kein großes Gedränge auf dem Domshof

Mai-Kundgebung: Teilnehmerzahlen bleiben unter den Erwartungen. Warum?

Von Karsten Krüger

Endlich wieder eine Mai-Kundgebung, endlich wieder in Präsenz, endlich wieder eine Demo durch die Stadt, endlich wieder (vorwiegend) rote Fahnen auf dem Domshof und danach zwei, drei Bier an der Buchte. Das hat deutlich mehr Spaß gemacht als in den Corona-Jahren, in denen wir den Tag der Arbeit nicht oder nur gestreamt feiern konnten.

Aber trotzdem war ich enttäuscht: Der Demo-Zug war kürzer als in den Vor-Corona-Jahren. Weit weniger Aktive (auch von der GEW) als erwartet und erhofft haben sich eingereiht. Zum alternativen Maidemonstrationszug am Mittag kamen nach Polizeiangaben dagegen mehr Menschen. Auch auf dem Domshof standen wir nicht so dicht gedrängt wie sonst – trotz guten Wetters, trotz brisanter und aktueller Themen, um die es sich eigentlich lohnen sollte zu streiten und zu kämpfen (Kriegsfolgen, Inflation, Corona).

Die Gewerkschaften müssen sich intensiver denn je fragen: Woran liegt das? Welche Bedürfnisse haben Arbeitnehmer:innen wirklich? Geht der Wandel in der Arbeitswelt schneller voran als die Reaktion der Gewerkschaften darauf? War das Motto „GeMAInsam Zukunft gestalten“ zu allgemein und zu wenig kämpferisch?

Nicht nur Lehrkräfte, nicht nur in Bremen

Fachkräftemangel trifft den Bereich Bildung besonders hart

Von Elke Suhr



Elke Suhr, Landesvorsitzende-
sprecherin

Der Lehrkräftemangel begleitet uns schon lange. Jedes Jahr stellen wir uns die Frage, ob es noch schlimmer werden kann und dann wird es schlimmer. Trotz anderslautender Aussagen der Bildungsbehörde (WK, 2. Mai) gehen wir nicht davon aus, dass es in Bremen ab 2025 mehr Grundschullehrkräfte als benötigt werden wird. Bei der Rechnung der Bildungsbehörde scheinen die Bedarfe aufgrund des Rechtsanspruches auf Ganztagsbetreuung, steigender Schüler:innenzahlen aufgrund von

Migration, Abbruchquoten in der Lehramtsausbildung sowie des, von der Koalition formulierten Anspruches, „jedes Kind nach seinen Fähigkeiten zu einem guten Abschluss [zu] führen“¹, nicht berücksichtigt zu sein. Hinzu kommt, dass die Attraktivität des Bremer Umlandes nicht gesehen wird. Wenn Niedersachsen demnächst nach A13 besodet, verliert Bremen diesen Standortvorteil, auch weil dort in vergleichbaren Schulen der Sek I (aber auch in der Sek II) die Unterrichtsverpflichtung geringer ist.

2030 fehlen 150.000 Lehrkräfte

Die 2021 veröffentlichte Studie des Bildungswissenschaftlers Klaus Klemm² ermittelt einen Bedarf von mindestens 81.000 Lehrkräften für das Jahr 2030, die KMK kommt dagegen nur auf 14.000. Und in diesen 81.000 hat Klemm noch nicht die zusätzlichen Bedarfe aufgrund des Ausbaus des Ganztags, für die besondere Förderung von Schulen im sozialen Brennpunkt und den Bedarfen an zusätzlichen Sonderpädagog:innen berücksichtigt. Hierfür veranschlagt er einen weiteren Bedarf von 74.000 Lehrkräften. Somit fehlen nach seiner Prognose bald 150.000 Lehrkräfte, mehr als das zehnfache der durch die KMK erstellten Prognose.

Mangel vor allem in sozialen Brennpunkten

Mit dem Fachkräftemangel steht Bremen nicht alleine da. Die Bundesländer buhlen untereinander um die Gunst der Lehr-

kräfte und entwickeln dazu Werbekampagnen. Auch Fachkräfte anderer Professionen werden dabei schon gezielt in den Blick genommen. Der Mangel ist dabei sehr ungleich verteilt. Denn es trifft überwiegend Schulen in sozialen Brennpunkten, die noch eklatanter betroffen sind. Lehrkräfte werden aber nicht nur bundesweit, sondern auch europaweit und zum Teil weltweit (z.B. USA) gesucht. Eine länderübergreifende Forschungsgruppe der Mittuniversitetet in Schweden („What About Teacher's Shortage“) beschäftigt sich mit den Ursachen. Hilfreich ist dabei der Blick auf das einzige europäische Land, in dem kein Lehrkräftemangel herrscht: Finnland. Ob das mit dem hohen Stellenwert von Bildung in Finnland, den hohen Gestaltungsfreiräumen beim Unterrichten (es gibt keine zentralen Tests) oder weiteren anderen Faktoren zusammenhängt, ist dabei nicht klar. Vielleicht werden die Erkenntnisse der Forschungsgruppe den Entscheidungsträger:innen weiterhelfen, die richtigen Weichen zu stellen.

Arbeitsbedingungen verbessern

Bis dahin muss die GEW weiter auf die unattraktiven Arbeitsbedingungen hinweisen, nicht nur für Lehrkräfte sondern auch für andere Schulbeschäftigte. In Schulen und Kitas fehlt es zusätzlich an qualifizierten Erzieher:innen und Sozialarbeiter:innen. Und außerhalb von Bildung hört der Fachkräftemangel auch nicht auf. In der öffentlichen Verwaltung können viele Stellen nicht besetzt werden. Jetzt erwägt die Bremer Behörde „einzelfallbezogen“ Dienstanziehe durch höhere Stufen oder Zulagen bei unbesetzten Stellen zu schaffen (WK, 29. April). Für das Bestandspersonal ein Schlag ins Gesicht.

Wie wäre es stattdessen, wenn sich die öffentlichen Arbeitgeber für bessere Arbeitsbedingungen einsetzen, in den Tarifverhandlungen mindestens an der Inflationsrate orientieren würden und Tätigkeiten aufwerten. Bei den Erzieher:innen ist letzteres schon längst überfällig.

1 Seite 9, Koalitionsvertrag Bremen 2019-2023

2 vgl. Süddeutsche Zeitung, 25.1.22

Arbeitszeit reicht vorne und hinten nicht

Viele Schulbeschäftigte können bei Vollzeit ihr Pensum nicht schaffen

Von Elke Suhr

Ende April traf sich, nach langer Zeit, vor den digitalen „Kacheln“ der Arbeitskreis Arbeitszeit, ganztägig und in Präsenz. Die 13 anwesenden Mitstreiter*innen diskutierten ihre Erfahrungen und Arbeitsbedingungen, in Kleingruppen und professionsübergreifend. Dabei flossen neben den Perspektiven der jeweiligen Berufsgruppen und Schulstufen auch die verschiedenen Erfahrungen aus Bremen und Bremerhaven in die Diskussion mit ein. Erste Ergebnisse des Arbeitskreises werden unten dargestellt, ein weiteres Treffen ist in Planung.

Kooperationszeit fehlt

Auch wenn die formalen Arbeitszeitmodelle der beiden Städte und der Berufsgruppen – Zeitstunden des nichtunterrichtenden pädagogischen Personals und Deputatsstunden der Lehrkräfte – unterschiedlich sind, konnte übereinstimmend festgestellt werden, dass bei allen Professionen die Zeiten für die nicht direkte Arbeit mit den Schüler:innen viel zu knapp bemessen werden. Insbesondere die wichtige Zeit für Kooperation, von der nicht nur eine gelingende Inklusion abhängt, wird durch die verschiedenen Arbeitszeitmodelle nicht ansatzweise hinreichend berücksichtigt.

Zuweisungsrichtlinie nötig

Um hier weiterzukommen wollen wir für das nicht unterrichtende pädagogische Personal eine Definition der Tätigkeiten, die nicht im direkten pädagogischen Kontakt entstehen, also mittelbar sind, vornehmen. Ein erster Entwurf für diese Tätigkeiten für die Erzieher:innen liegt bereits vor; in einem weiteren Schritt müssen diese dann mit Zeiten hinterlegt werden. Auch bei den Sozialarbeiter:innen müssen diese Tätigkeiten beschrieben und zeitlich hinterlegt werden. Für die Schulsozialarbeit benötigt es zudem eine Landeszuweisungsrichtlinie, u.a. unter Berücksichtigung von Schüler:innenzahlen und Sozialindikatoren, damit alle Schulen ausgestattet werden.

Fortbildungen wichtig

Von den anwesenden Erzieher:innen wurde angemerkt, wie wichtig gute Fortbildungen sind, um ein gutes Professionsver-

ständnis bzgl. ihrer Tätigkeit in Schule zu haben und auch um die eigenen Rechte zu kennen. Das Wissen aus den Fortbildungen kann das Personal darin unterstützen, nicht ständig für Tätigkeiten eingesetzt zu werden, die nicht mehr viel mit dem originären erzieherischen Auftrag zu tun haben. Denn viele berichten davon, dass sie sehr häufig für die Betreuung bei Unterrichtsausfall eingesetzt werden. Die Anwesenden fordern für diese Situationen eine Faktorisierung ihrer Arbeitszeit, die eine entsprechende Vorbereitungszeit mitberechnet.

Schulleitungen doppelbelastet

Auch den Schulleitungen fehlt es massiv an Zeit, um ihre vielfältigen Aufgaben gut bewältigen zu können. Besonders in den Grundschulen sind noch sehr viele Schulleitungsmitglieder als Klassenleitungen tätig und haben auch dadurch viel zu wenig Zeit für ihre leitenden Aufgaben. Diese Doppelbelastung durch Klassenleitung und Schulleitung muss unterbunden und in der Zuweisungsrichtlinie entsprechend hinterlegt werden. Insbesondere Schulleitungen der allgemeinbildenden Schulen benötigen mehr Leitungszeit. Auch sollten die Tätigkeiten von Schulleitungen dahingehend geprüft werden, welche Tätigkeiten von Schulleitungen an Verwaltungskräfte abgegeben werden könnten, deren Stellen hierfür aufzuwerten sind. Im Bereich der Lehrkräfte wurde ganz klar gefordert, dass die Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung um zwei Stunden von 1997 zurückzunehmen ist. Darüber hinaus benötigt es eine Senkung des Deputats, um Zeiten für Kooperation für eine gelingende Inklusion zu haben.

Attraktivität steigern

Für alle Berufsgruppen gilt. Die zeitlichen Rahmenbedingungen müssen so gestaltet werden, dass die Arbeit auch in Vollzeit machbar ist. Denn ohne eindeutige Signale, dass die Arbeit wieder attraktiver wird, lassen sich kaum Fachkräfte in das Land Bremen locken. ■



Bildungsbehörde schaltet auf stur

Klage des Personalrats Schulen für Mitbestimmung beim Distanzunterricht erfolgreich

Von Jörn Lüttjens

Schon im Dezember 2020 hatte der Personalrat Schulen einen ersten Versuch unternommen, in die Mitbestimmung bei der Anordnung von Distanzunterricht zu kommen. Das erschien uns notwendig, weil es viele offene Fragen und Regelungsbedarfe dazu gibt, über die wir mit der Behörde trotz diverser Bemühungen nicht ins Gespräch kommen konnten. Am 13. April 2022 hat nun das Verwaltungsgericht unserer Klage Recht gegeben und entschieden, dass die Anordnung von Distanzunterricht sowohl organisatorische als auch soziale Belange von Beschäftigten berührt und damit der Mitbestimmung unterliegt. Wenn also ab sofort Distanzunterricht angeordnet wird – und wir wissen, dass das auch derzeit zumindest vereinzelt vorkommt – muss die Bildungsbehörde einen entsprechenden Antrag bei uns vorlegen.

Wir wollen und wollten übrigens diese neue Arbeitsmethode nicht verhindern. Sie kann durchaus anlassbezogen notwendig und sinnvoll sein. Wir verfolgen über das Mitbestimmungsverfahren das Ziel, endlich einen verlässlichen Rahmen zu schaffen, in dem z. B. der Anlass für die Anordnung von Distanzunterricht,

die Arbeitsmenge (Verhinderung von Mehrarbeit) sowie der Datenschutz geregelt werden. Die Bildungsbehörde hat es trotz der Gerichtsentscheidung bisher versäumt, uns die Fälle, in denen derzeit Distanzunterricht durchgeführt wird, zu nennen, noch die Schulen über die veränderte Lage in Kenntnis gesetzt.

Damit der Personalrat möglichst schnell für euch tätig werden kann, wäre es sinnvoll, wenn Betroffene Bescheid geben, sollte Distanzunterricht erneut angeordnet werden. Dann können wir die Mitbestimmung einfordern. ■



There is power in a union, taste it!

Mitgliederversammlung der GEW Bremen am 28. Juni

Von Andreas Staets

Nach zwei Jahren schweren Corona-Mühen ist es Zeit, dass wir uns alle mal wiedersehen und zusammen bei Limo oder Bier uns austauschen, Ideen entwickeln und wieder neue Kräfte schöpfen! Dazu laden wir Euch ein am Dienstag, 28. Juni, von 16 Uhr bis zum letzten Bier und Sonnenuntergang auf der Terrasse im sonnigen und idyllischen Vereinsheim des Vegesacker Ruderklubs, Am Wasser 23, in Bremen-Vegesack. Die Mitgliederversammlung soll in diesem Jahr vor allem ein geselliger und entspannter Rahmen sein, sich mit anderen zusammenzufinden in Gesprächsrunden, Arbeitskreisen und Fachgruppen, um gemeinsam zu überlegen, wie wir die GEW als Mitmach-Gewerkschaft wieder neu beleben können.

Sei dabei, bringe dich ein, nur unser aller gemeinsames Engage-

ment macht uns als Persönlichkeiten und unsere Gewerkschaft wieder stark: There is power in a union, taste it!

Bei der Versammlung wählen wir den Stadtverbandsvorstand (bis zu elf Vertreter:innen aus den Bereichen: Schule | Hochschule und Forschung | Jugendhilfe und Sozialarbeit | Weiterbildung/Erwachsenenbildung | sowie der Senioren und Seniorinnen sowie die stadtbremischen Mitglieder der Bildungsmagazin-Redaktion.

Anreise:

Mit dem Zug: 20 min ab Bremen-Hauptbahnhof plus fünf bis zehn Minuten Fußweg.

Mit dem Auto (bäähh): Über die Lesumstraße zum Grohner Yachthafen. Das Navi führt Euch sonst in eine Sackgasse. ■

Ingrid Emmenecker

08.06.1938 – 29.04.2022



Emmi in der BLZ-Redaktion

Am 29. April ist unser langjähriges Redaktionsmitglied Ingrid Emmenecker im Alter von 83 Jahren verstorben. „Emmi“, wie sie meist genannt wurde, hat von 1987 bis 2015 Inhalt und Stil der BLZ wesentlich mitgestaltet und das Redaktionsklima positiv beeinflusst. Sie war vielseitig interessiert und „wertschätzend“, wie man heute sagt. Durch ihre schulische Erfahrung, ihre Arbeit als Praxislehrerin an der Uni, ihre vielen Reisen und ihre Eigenschaft, offen auf die Menschen zuzugehen, konnte sie zu fast jedem Thema selbst etwas beitragen oder eine(n) Autor(in) gewinnen. In vier Jahrzehnten schrieb sie die Buchtipps und häufig auch das „Moment mal“, in dem ihr Humor zum Vorschein kam.

Seit 2005 ist ihr die Arbeit nicht immer leicht gefallen. Kurz nach ihrer Pensionierung wurde ihr Mann Wilfried durch einen Unfall pflegebedürftig und wenn ein Redaktionsmitglied sie fragte „Wie geht es dir?“, so antwortete sie oft „Darüber will ich lieber nicht sprechen“. Nach 2015 musste sie sich dann zurückziehen.

Unser Mitgefühl gilt Caren und Rabun.
Jürgen Burger

Emmi in der Schule

Ihre letzten zwölf Jahre als Lehrerin gestaltete sie mit der Leitung dreier Grundschulklassen und ich durfte stets mit Mathematik und Musik dabei sein. Lesen und Schreiben lernten die Kinder bei ihr auch mit Themen aus dem täglichen Leben und das schon recht früh: „Mama ist im Büro“, „Papa ist immer weg“. Die Friedenswochen im November gestaltete sie zum Beispiel mit einem Gang in die Innenstadt (jüdische Gedenkstätte, Weserbrücken heute und 1945). Oder die Klasse bekam Besuch von Menschen, die ihr Heimatland verlassen mussten. Am 8. März stand einmal in einem vierten Schuljahr zu Unterrichtsbeginn auf jedem Platz der Mädchen ein kleiner Blumentopf mit Primeln. Ich erlebte die heftigen Reaktionen zahlreicher Jungen („und ich?“) und die von Ingrid geschickt geführten Gespräche.

Ich lasse es bei diesen Beispielen. Es war stets eine sehr gute Zusammenarbeit und sie war beliebt und geachtet im Kollegium.
Wilfried Sobich

Emmi in ihrer Straße

Emmi war weit gereist, politisch interessiert und engagiert. Ihr Haus war gefüllt mit den Fotos, den Farben und Andenken an ihre vielen Reisen. Stets konnten wir spannende und witzige Erzählungen von ihr hören, die bestimmt waren von der Neugier auf andere Menschen und deren Kulturen. Politisch engagiert wie sie war, fuhr sie mehrfach nach Kuba und später nach Mittel- und Südamerika, mit Interesse für die Freiheitsbewegungen, wobei viele Menschen aus diesen Ländern Gäste in ihrem Haus waren. Die Frauen in der Straße bekamen von ihr immer am 8. März eine Blume vor die Haustür gelegt.

Farbenfroh wurde man bereits im Eingangsbereich ihres Hauses empfangen, sah Bilder von Frida Kahlo und Diego Rivera. Sie selbst trug oft Kleidung aus diesen Ländern, liebte die Farben und Formen. Und wenn man dann in den Wohnbereich kam, fand man sie vor einer Tasse mit ostfriesischem Tee sitzen, den man sofort angeboten bekam, mit Kluntje und Wulkje, schwarz wie die Nacht. So war sie trotz ihrer vielen Reisen fest verwurzelt in ihrer Heimat Brake und erzählte von ihrem liebevollen Elternhaus. Wenn man dann nach einem netten Plausch ging, holte sie einen Korb voller irischer Segenssprüche: „Damit es dir weiter gutgehen soll“, waren ihre Abschiedsworte.

Danke, Emmi.
Ursula Hartmann-Heilbronn

Aufklärung mit der „Grundfarbe Deutsch“

Wie ein Bremer Herzchirurg den Dialog mit Rassist:innen sucht

Von *Umes Arunagirinathan*

Ich sehe mich nicht als Opfer. Ein promovierter Arzt, der als Flüchtling kam, kann erstens kein Opfer sein, außerdem habe ich gelernt, mit Rassismus umzugehen. Und ich glaube immer noch daran, dass ich auch mit Rassisten reden kann. Viele wissen gar nicht, dass sie rassistische Dinge sagen und was sie damit beim Gegenüber auslösen können. Es ist wichtig, sie

zu sensibilisieren. Ich glaube, dass viele Menschen, die Vorurteile haben, reflektieren und lernen können. Natürlich suche ich nicht den Dialog mit einem gewalttätigen Nazi. Je jünger wir diese Leute anpacken, desto besser. Deswegen gehe ich auch gerne in Schulen. Wenn Erwachsene rassistisch sind, ist es schwierig, sie zu erreichen. Aber wenn deren Kinder Zugang zu dem Thema finden, haben wir eine größere Chance, die Gesellschaft langfristig offener zu machen.



Umes Arunagirinathan,
Arzt und Autor

Mit Sympathie gegen Vorurteile

Wenn ich mich im Zug hinsetzen will und diese Blicke spüre, bei der Wohnungssuche, wenn Patienten überrascht sind oder wenn ich in einem Laden einkaufe und gefragt werde, was ich beruflich mache – weil es nicht ins Bild passt, dass ich mir die Schuhe leisten kann. Immer wenn ich merke, dass mein Gegenüber Vorurteile hat oder Distanz aufbaut, versuche ich, unglaublich sympathisch zu sein. Ich möchte nicht das Bild bestätigen, was jemand von mir hat.

Verbote stimulieren Rassismus

Ich will Rassismus nicht verharmlosen, auch Begriffe wie Mohren-Apotheke nicht. Aber ich möchte nicht mit Verboten arbeiten. Dadurch spalten wir die Gesellschaft. Ein Verbot ist für viele Menschen eine Einschränkung ihrer Freiheit. Mit Verboten stimuliert man sogar Rassismus. Dann gehen eben viele Menschen in eine Partei, in der sie angeblich genau das sagen können, was in der Gesellschaft tabu ist. Bei Lesungen erfahre ich von Menschen, dass sie sich an vermeintlichen

Verboten stören. Sie sind gar nicht so rassistisch, sie fühlen sich einfach subjektiv beeinträchtigt. Genau mit denen will ich reden. Ich liebe diese Gespräche.

Hindernisse und Möglichkeiten

Ich möchte, dass man mich als Deutschen wahrnimmt. Ich will nicht anders aussehen – aber ich möchte eine Grundfarbe haben, mit der sich alle identifizieren. Für mein Buch hatte ich viele Motivationen. Ich hatte so viel Glück auf meinem Weg. Das möchte ich teilen, so dass Menschen, die heute zu uns kommen, meine Geschichte hören und erfahren können, welche Hindernisse und Möglichkeiten es gibt. Ich möchte die Menschen, die den Ankommenden gegenüber skeptisch sind, aufklären. Ich erwarte, dass die Ankommenden den Schlüssel nehmen, der ihnen hier gereicht wird. Konkret heißt das, dass sie die Möglichkeiten für Integration in Anspruch nehmen sollten: Sprachförderung, Schule, Arbeit.

Beim Thema Arbeit gibt es heute aber immer noch viel zu verbessern: Es kommen so viele junge Menschen und hier fehlen so viele Fachkräfte. Ob das Asylberechtigte sind oder nicht – es ist doch menschlich zu verstehen, dass jemand aus wirtschaftlichen Gründen herkommt, um seine Kinder zu ernähren, auch wenn in seiner Heimat kein Krieg ist. Nicht jeder Flüchtling muss promovierter Herzchirurg sein. Aber jeder kann einen Teil beitragen. Und eine Mutter mit drei Kindern muss natürlich nicht zum Arbeiten gezwungen werden. Die soll die Gesellschaft tragen. Aber nicht jemanden, der fähig ist zu arbeiten.

Umes Arunagirinathan, 44 Jahre, arbeitet als Herzchirurg am Klinikum Links der Weser in Bremen. Im Alter von 13 Jahren kam er wegen des Bürgerkriegs als unbegleiteter Geflüchteter aus Sri Lanka nach Hamburg. Dort machte er sein Abi, studierte in Lübeck Medizin, war Assistenzarzt an der Uniklinik Hamburg-Eppendorf und arbeitete anschließend unter anderem in der Charité Berlin. Seine Aussagen und Einschätzungen sind Auszüge aus einem taz-Interview. Die Veröffentlichung im bildungsmagaz:n hat die Autorin Alina Götz freigegeben. Vielen Dank dafür.

Das Buch „Grundfarbe Deutsch – Warum ich dahin gehe, wo die Rassisten sind“ ist im Verlag Rowohlt erschienen (€ 17,-)



Internationale Solidarität in der Bildung

Gegen den globalen Rechtsruck

Von Werner Pfau

Ein internationaler Rechtsruck greift um sich. Seine Elemente: Ein autoritäres Gesellschaftsbild, die Rückkehr zu traditionellen Familienformen, nationale Mobilisierung gegen Minderheiten, die als Feinbild erhalten müssen, imperiale Machtentfaltung als ideeller Lohn für den Verzicht auf demokratische Mitsprache. Ins Visier geraten die Errungenschaften der Moderne, vom Feminismus über den Kampf um sexuelle Befreiung bis hin zu kritischer Öffentlichkeit und zivilgesellschaftlicher Autonomie.

Fast immer greift die Rechte, in unterschiedlicher Ausprägung, auf religiöse Strategien zurück. Putin führt seinen Krieg mit dem Segen des einflussreichen orthodoxen Patriarchen. In den USA legen

evangelikale Kreise Hand an das erkämpfte Abtreibungsrecht. Indien wird, daran erinnert Ahmed Nadir im Gespräch, von einer Partei regiert, die sich im Zeichen des Hindu-Nationalismus formiert hat. In Ländern wie Afghanistan, Bangladesh, aber auch – scheinbar gemäßigt – der Türkei führen islamistische Gruppen ihren offenen oder verdeckten Bürgerkrieg um politische Kontrolle. Unsere Interviewpartnerin, die algerische Feministin Naila Chikhi, hat das in Algerien erlebt.

Die Vorgängerorganisationen der GEW haben in ihrer Geschichte stets um die Trennung von Staat und Religion gerungen, etwa 1918 in der Novemberrevolution: Gegen den Einfluss der Kirchen auf Lehrpläne, für Unterricht auf aufgeklärter

Grundlage. Dies soll weiterhin auch in unsere internationale Arbeit einfließen. Und säkular Gesinnte bedürfen auch unserer Unterstützung, wenn sie nach Deutschland geflüchtet sind. Diese und viele andere internationale Themen behandeln unsere Autorinnen und Autoren.

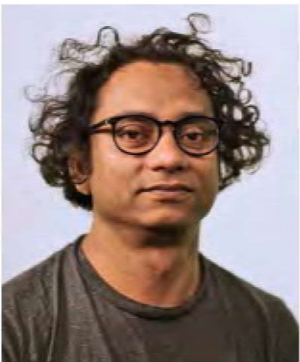
Für die Fotoserie haben wir Menschen, die direkt oder indirekt mit dem Thema verbunden sind, gefragt, was sie unter internationaler Solidarität, insbesondere in der Bildung, verstehen. Ihre Antworten ziehen sich durch den Schwerpunkt.

Herzlich Eure Redaktion

„Wir müssen eine Gesellschaft für alle schaffen...“

Gespräch mit Ahmed Nadir über Diskriminierung in Bangladesch und Deutschland

Das Gespräch führte *Werner Pfau*



Er war in Bangladesch innerhalb der säkularen Szene aktiv, trat für die Trennung von Staat und Religion und die Freiheit von religiöser Bevormundung ein. Doch mit dem Erstarken islamistischer Gruppen kam es in den letzten zwanzig Jahren zu vermehrten Übergriffen gegen Leute wie ihn. Dreizehn Menschen fielen Attentaten zum Opfer. Das bewog Nadir, der selbst angegriffen worden war, 2013 nach Deutschland zu flüchten. Er ist immer noch publizistisch aktiv.

Du musstest Bangladesch vor Jahren verlassen, weil die tödliche Gewalt von islamistischen Gruppen gegen säkulare Aktivisten stark zunahm. Was hat sich seitdem verändert, wie ist die Lage jetzt?

Das Morden hat aufgehört. Denn niemand wagt es, sich öffentlich gegen die Religion auszusprechen. Leider hat sich die Situation nicht geändert oder sogar noch verschlimmert. Die Regierung hat Menschen wegen freier Meinungsäußerung verhaftet, auch wenn die Rede nicht direkt den Islam kritisierte. In Bangladesch kann jeder ein Gerücht verbreiten, dass eine andere Person etwas gegen den Islam gesagt hat. Das reicht aus, um verhaftet zu werden oder Opfer des islamischen Mobs zu werden. Vor kurzem wurde die Gemeinschaft der Hindu-Minderheit von organisierten islamistischen Banden angegriffen. Am 12. April wurde Kaushik Biswas, ein Mitglied der Hindu-Gemeinschaft aus einem ländlichen Dorf, wegen "Verletzung religiöser Gefühle" verhaftet, nur Stunden nachdem ein wütender Mob sein Haus verwüstet und einen nahe gelegenen Hindu-Tempel geschändet hatte. Die Polizei hat ein Verfahren gegen den 20-jährigen Kaushik Biswas eingeleitet. Sie behauptet, er habe "religiöse Gefühle verletzt", indem er mit einer gefälschten ID namens "Jehadi Toshonkari" Inhalte auf Facebook veröffentlichte. Es gibt viele weitere ähnliche Vorfälle. Beliebte Sänger, Politiker, Schauspieler, Schriftsteller, soziale Aktivisten - niemand ist sicher. Entweder schreitet die Mafia oder die Polizei ein.

Und die Lage im Bildungswesen?

Was soll ich dazu sagen? Es ist frustrierend. Das Bildungsministerium kommt den Forderungen der Islamisten nach, die aus dem Land ein Afghanistan machen wollen.

In letzter Zeit gibt es mehr Promotionen in islamischen Studien oder islamischer Geschichte als in jedem anderen Fach. Das Bildungsministerium von Bangladesch hat in den letzten Jahren Gedichte und Geschichten von nicht-muslimischen

Schriftstellern entfernt. Bilder von Mädchen in traditioneller Kleidung wurden durch Bilder in islamischer Kleidung ersetzt. Es wird versucht, wissenschaftliche Bücher mit den Augen des Islam zu rechtfertigen. Die Evolution wird durch religiöse Schulbuchtexte geleugnet. Kürzlich wurde ein Wissenschaftslehrer verhaftet, weil er den Unterschied zwischen Wissenschaft und Religion diskutiert hatte. Bangladeschs Zukunft ist düster.

Die Verbindung von Politik und Religion ist auch in Indien sichtbar. Wie schätzt du die Politik von Premierminister Modi und der BJP ein?

Die Hindutva-Ideologie der BJP ist eine Variante des Rechtsextremismus. Alle Muslime werden als illegale Einwanderer abgestempelt. Man baut Konzentrationslager, um Muslime nach Bangladesch zu deportieren. Einige Staaten haben den Verkauf von Rindfleisch verboten. Muslime werden getötet wegen des Gerüchts, sie würden Rindfleisch essen oder Kühe verkaufen. Dies sind Beispiele von Modis Indien.

Derzeit gibt es eine rechtsextreme Partei, die die größte Demokratie der Welt regiert, aber sie ist in den westlichen Medien auffallend abwesend. Hindutva stammt aus den Zwanzigern und ist inspiriert vom faschistischen Italien und Nazideutschland. In Indien versuchte Hindutva vor der Unabhängigkeit, Elemente europäischer Modelle in seine eigene Vorgehensweise zu integrieren. Seit der Unabhängigkeit Indiens im Jahr 1947 spielt

Hindutva eine wichtige Rolle beim Aufbau einer Nation und beim Aufbau einer Mehrheitsidentität in Indien. Hindutva-Akteure betrachten Gewalt als legitimes Mittel zur Durchsetzung ethnonationaler Gebietsansprüche und der Staat hat zu gewalttätigen Mitteln gegriffen. Tatsächlich gelang Hindutva jedoch erstmals 2014 mit der Wahl des derzeitigen indischen Premierministers Narendra Modi ein Mainstream-Phänomen. Indem sie Hindus als „Insider“ und andere religiöse Gruppen, insbesondere Muslime, als „Outsider“ bezeichnet, hat die Modi-Regierung Hindutva als Synonym für indischen Nationalismus etabliert.

Du bist in doppelter Weise von Diskriminierung betroffen, einmal durch die Mehrheitsgesellschaft in Deutschland, aber auch in den eigenen Communities aufgrund deiner religionskritischen Haltung.

Ja, das ist wahr! Ich bin nicht nur ein säkularer Flüchtling. Ein Mensch mit einer anderen Hautfarbe wird hier in Deutschland immer anders beurteilt. Ich sage oft, dass ich keine Angst vor alten Menschen habe, die rassistisch sind, aber die jungen Menschen mit verstecktem Rassismus sind gefährlich. Ich werde ständig gefragt, ob ich Marihuana zu verkaufen habe, obwohl ich es nicht rauche. Wenn ich zurückfrage, wie sie darauf kommen, lautet die Antwort "Leute wie du verkaufen es". Und dann nennen sie mich "Bruder" und versuchen zu erklären, dass sie keine Rassisten sind. Ich hatte auch schon mit extremem Rassismus von meinen so genannten Freunden zu kämpfen. Und ein ehemaliger muslimischer Flüchtling zu sein, ist ebenfalls problematisch. Das Zusammenleben mit anderen muslimischen Religionsflüchtlingen im selben Flüchtlingslager ist eine extreme psychische Qual. Ich konnte nicht laut sagen, dass ich nicht religiös bin oder dass ich nicht an Allah glaube. Derjenige, der aus dem Land flieht, weil er nicht religiös ist, hat immer Angst, vom muslimischen Mob im Lager belästigt zu werden.

Wie sollte das Bildungswesen in Deutschland mit dieser doppelten Diskriminierung umgehen?

Wir müssen eine Gesellschaft für alle schaffen, nicht viele Unterge-



Afra Abdalla:

Internationale Solidarität sind für mich offene Grenzen, den Anderen sehen, ihn mit offenen Armen aufnehmen und sich immer bewusst zu halten, es ist genug für alle da. Wichtig ist die Gleichbehandlung von Frauen und Männern, Bildung für alle und die Chancengleichheit. In meiner Schulzeit an der Wilhelm-Kaisen-Schule waren wir sehr multikulturell, tolerant und solidarisch, weil die Grundhaltung gut war. Die Lehrkräfte waren offen, sie haben uns gesehen.

Foto: Werner Pfau

02

sellschaften unter den Gemeinschaften. Dies kann bei den Kindern beginnen, indem wir alle Arten von Diskriminierung bekämpfen. Es ist notwendig, mit Evolution, Diskriminierung, sozialer Gerechtigkeit und Intersektionalität vertraut zu sein. Es kann ein intensives Training für Lehrkräfte und Schüler von der Grundschule bis zur Sekundarschule geben. Es sollte ein kontinuierliches Training sein, nicht eine einmalige Sache. Weiß oder deutsch zu sein, bedeutet nicht, ein einfaches Leben zu haben, aber man macht nicht die Erfahrung, aufgrund von Hautfarbe, Herkunft oder Glauben misshandelt zu werden. Manchmal ist es schwer, die Unterschiede zu verstehen und den Schmerz zu spüren. Nur eine gute Ausbildung und Erziehung kann allen helfen, dies zu erkennen und mitfühlend zu sein. Kinder sind nicht die großen Tyrannen in religiösen Fragen, sondern ihre Erziehungsberechtigten. Ein angemessenes Antidiskriminierungstraining, das auch das Recht auf freie Meinungsäußerung in den Grundschulen einschließt, kann eine offenere und tolerantere Gesellschaft schaffen. ■

„Der internationale Kampf um Bildung ist auch einer gegen das Patriarchat“

Gespräch mit Naïla Chikhi über Feminismus und Säkularismus



Naïla Chikhi, Feministische Autorin und Bildungsreferentin

Wie steht es um die internationale Solidarität in der Bildung? Wo siehst Du Defizite und Handlungsbedarf?

Das Recht auf Bildung ist universal und gilt für alle Kinder. Dieses Recht ist ein wesentliches Instrument, um die Gleichberechtigung der Geschlechter und die Entwicklung einer Gesellschaft und somit eines Landes zu erreichen. Zwar wurde der Zugang zur Bildung in den letzten Jahren immer mehr Mädchen und Frauen ermöglicht, allerdings ist die Rate der Analphabeten unter Frauen nach wie vor höher als bei Männern im globalen Süden. Und obwohl die Einschulungsraten von Grundschulkindern in fast allen Regionen der Welt gestiegen sind, ist die Kluft

Geboren 1980 in Algier, erlebte sie in den Neunziger Jahren, wie islamistische Gruppen sich durch Propaganda und Gewalt als neue politische Macht in Algerien etablieren konnten. Der darauffolgende Bürgerkrieg zwang Naïla Chikhi zur Flucht, die über Tunesien und Frankreich nach Deutschland führte. Sie publiziert zum Thema Feminismus und Säkularismus, führt als Expertin und Referentin pädagogische Workshops durch und hat am Berliner Projekt zum Thema 'konfrontativer Religionsbekundung in Schulen' mitgearbeitet. Auch davon berichtet sie im Gespräch mit Werner Pfau.

zwischen den Geschlechtern in der Mittelstufe weiterhin groß. Oft liegt es an den herrschenden patriarchalischen Traditionen, wie Frühverheiratung ab der Pubertät.

Und wenn frauenfeindliche Normen durch religiöse Fundamentalisten mit Gewalt durchgesetzt werden, kann sogar der Zugang zur Grundbildung den Mädchen ganz verwehrt werden, wie es uns die Taliban erneut vor Augen führen. Zum Schulbeginn in Afghanistan vergangenen März wurden die Schülerinnen auf brutale Weise nach Hause zurückgeschickt. Als Vorwand nannten die frauenhassenden Taliban die Schuluniform, die ihrer Ansicht nach unangemessen sei, da sie das Gesicht und ein bisschen Haar nicht verhüllt. Der Vorwand der Verschleierung wird stets von den islamischen Fundamentalisten eingebracht, wie es der Fall war z.B. in Algerien, im Iran oder auch heute in Europa. Denn die Islamisten wollen Mädchen und Frauen aus dem öffentlichen Raum verbannen und verhängen deshalb einen Verschleierungszwang – was nichts anderes als die Verneinung des weiblichen Körpers bedeutet.

Internationale Solidarität bedeutet, die afghanischen Frauen in ihrem Kampf um Bildung zu unterstützen.



In Berlin hast Du beim Projekt zu ‚konfrontativer Religionsbekundung‘ mitgearbeitet. Welche Ziele hast Du damit verbunden?

Konflikte in der Schule gehören zum Alltag. In den letzten Jahren waren sie zunehmend religiös konnotiert. Seit Jahren gibt es Hilferufe von Schulen, allerdings finden solche Konflikte oft nur medial eine gute Resonanz, jedoch leider nicht genügend politisch. Der Verein Demokratie und Vielfalt e.V. (DeVi e.V.) wurde vom Bezirksamt Berlin-Neukölln beauftragt und vom Bundesfamilienministerium im Rahmen des Programms „Demokratie Leben“ finanziert, eine Bestandsaufnahme und ein Konzept für eine Anlauf- und Dokumentationsstelle zu konfrontativen Religionsbekundungen in Schulen (KRB) zu erarbeiten. Darunter versteht der Verein „religiöse Praxen sowie religiös konnotiertes (Alltags)Verhalten, die in der (Schul-) Öffentlichkeit ausagiert werden, auf Aufmerksamkeit zielen, provozieren, erniedrigen und/oder Dominanz herstellen.“ Ziel der Dokumentation und Anlaufstelle sollte sein, herauszufinden, wie stark religiöses Mobbing an Schulen verbreitet

„Denn die Islamisten wollen Mädchen und Frauen aus dem öffentlichen Raum verbannen und verhängen deshalb einen Verschleierungszwang.“

Sahhanim Görgü-Philipp:

Internationale Solidarität ist für mich, wenn wir es geschafft haben, dass es auf der Welt weniger Hunger gibt und alle Kinder, insbesondere alle Mädchen, die gleichen Bildungschancen haben. Ohne Bildung gibt es keine gerechte Zukunft. Und nur eine inklusive Bildung ist eine gerechte Bildung.

Foto: Werner Pfau

Was ist für Dich internationale Solidarität?

03

ist. Die gemeldeten Fälle sollten wissenschaftlich begleitet und ausgewertet werden.

Was konntet ihr durch eure Umfragen herausfinden?

In einem sehr knappen Zeitraum – zweieinhalb Monaten – und unter verschiedenen Einschränkungen führte Devi e.V. eine explorative Untersuchung mithilfe qualitativer Interviews durch. Es konnten PädagogInnen aus insgesamt zehn Neuköllner Schulen einbezogen werden. Schulleitungen, SchulsozialarbeiterInnen, eine Einrichtung der Kinder- und Jugendhilfe wurden anhand eines offenen Interviewleitfadens befragt, d.h. dass die Interviews so geführt wurden, dass die Befragten Raum hatten, das zu erläutern, was ihnen wichtig ist.

Die Palette der dokumentierten Konflikte ist groß und sie ähnelt derjenigen, die 2004 im Bericht von Jean-Pierre Obin, dem französischen Inspecteur générale de l'Éducation nationale, aufgelistet sind: u.a. Nötigung zum Einhalten des Fastens, Ablehnung der Koedukation, Abwertung von Angehörigen anderer



„Stigmatisierend finde ich allerdings, wenn man immer noch nicht muslimisches von „islamistischem“ Verhalten unterscheiden kann.“

Religionen oder Minderheiten, in diesem Zusammenhang auch die Verweigerung des Besuchs von Gedenkstätten. Die Ergebnisse sind verheerend v.a. für Mädchen: Konservative Schüler kontrollieren Mädchen, ob sie sich religiös konform benehmen und setzen sie unter massiven Druck oder belästigen sie gar, weil sie sich nicht religiös konform kleiden.

Mit dem Ausgang des Projektes bist Du unzufrieden, warum?

Trotz der sehr bedenklichen Ergebnisse der Bestandsaufnahme wurde das Projekt nicht weiter finanziert. Berliner PolitikerInnen von Bündnis90/Die Grünen, der LINKEN und der SPD sowie einigen religiösen Netzwerken versuchen seitdem mit allen Mitteln das Projekt zu ersticken. Sie diffamierten – und tun es immer noch – unsere Arbeit und behaupten, wir würden muslimische Kinder stigmatisieren. Stigmatisierend finde ich allerdings, wenn man immer noch nicht muslimisches von „islamistischem“ Verhalten unterscheiden kann. Mir ist durch die Protestwelle gegen das Projekt bewusster geworden, wie einige unserer PolitikerInnen und zivilgesellschaftlichen AkteurInnen muslimische Kinder benachteiligen und diskriminieren – auch wenn sie in ihren Reden das Gegenteil behaupten –, indem sie sie nicht vor den Krallen religiöser Extremisten schützen wollen. Weshalb haben sie den Mut, Kinder vor christlich geprägten Sekten oder vor Rechtsextremisten zu schützen, aber nicht vor islamistischen, frauenhassenden, antisemitischen und homophoben Milieus?

Selbst die GegnerInnen des Projekts erkennen heute zwar öffentlich an, dass religiöses Mobbing tatsächlich existiert. Damit hat sich der Diskurs erfreulicherweise geändert. Das ist ein erster Erfolg der Bestandsaufnahme. Allerdings wollen sie ihre Deutungshoheit über das Thema weiterhin festigen.

Heutzutage wird oft gesagt, patriarchale Strukturen und Religion hätten gar nichts miteinander zu tun oder ließen sich trennen. Was denkst du darüber?

Das Patriarchat beruht auf der Idee der Dominanz des Mannes. Situationsabhängig verbündet es sich mit anderen Strukturen, auch neuzeitlichen Entwicklungen, um seine Vorherrschaft zu festigen. Die strukturelle Diskriminierung der Frau ist zum Beispiel eine Folge der Allianz des Patriarchats mit der Politik;

die Ausbeutung des Frauenkörpers wie etwa durch Prostitution oder Mietmuttertschaft eine Konsequenz der Allianz des Patriarchats mit dem Kapitalismus; und es gibt auch das Bündnis zwischen Patriarchat und Religion, das meines Erachtens das älteste, das stärkste, aber auch fatalste für Frauen ist. Folglich ist es richtig zu sagen, dass das Patriarchat nicht nur religiös bedingt ist, allerdings ist es eine Binsenweisheit, dass sowohl die monotheistischen Religionen als auch z.B. der Buddhismus die vermeintliche Überlegenheit des Mannes über die Frau großschreiben. Die Beseitigung patriarchaler Strukturen ist weiterhin stark mit der Bekämpfung rückwärtsgewandter religiöser Normen verbunden. Wer das heute immer noch leugnet, kennt die realen Lebensbedingungen vieler Mädchen und Frauen, etwa im muslimischen Umfeld, nicht oder blendet sie bewusst aus.

Wie könnten wir migrantische Jugendliche stärken, die nicht nur dem Rassismus der Mehrheitsgesellschaft, sondern auch sozialem oder religiösem Druck in ihren Familien oder Communities ausgesetzt sind?

Viele Probleme, denen migrantische Jugendlichen begegnen, wurden in den vergangenen Jahren nur symptomatisch behandelt, sodass man heute mehrgleisig agieren muss, um sie faktisch zu stärken. In der Tat gibt es Rassismus, der von der Mehrheitsgesellschaft ausgeht und der dezidiert bekämpft werden muss. Allerdings, je intensiver ich mich mit der Integrationsfrage befasse, desto zahlreicher werden mir weitere Varianten des Rassismus bewusst, wie etwa der Rassismus von Minderheiten gegenüber der Mehrheitsgesellschaft oder auch gegenüber anderen Minderheiten. Beispielsweise werden nicht selten Freundschaften zwischen TürkInnen und KurdInnen, MarokkanerInnen und Afrodeutschen, sunnitischen und schiitischen MuslimInnen oder zwischen MuslimInnen und AtheistInnen verboten. Dies sind auch Formen des Rassismus, die thematisiert und mit Entschlossenheit angegangen werden müssen.

Ähnlich ist es mit dem Thema Diskriminierung. Beim Thema Frauendiskriminierung wird zum Beispiel oft über die staatliche Diskriminierung von Frauen gesprochen, während die strukturelle Diskriminierung von Mädchen und Frauen innerhalb religiöser oder ethnischer Gemeinschaften ausgeblendet wird.



Was ist für Dich internationale Solidarität?

Frank Eisermann:

Internationale Solidarität bedeutet für mich, Kampf gegen die Kriegstreiber im eigenen Land. Gewerkschaften müssen gegen das Kapital und den Militarismus im eigenen Land kämpfen und nicht Kriege vorantreiben. Ich erwarte Forderungen, die einer solchen Eskalation entgegenstehen; für eine entmilitarisierte Zone in Mitteleuropa, ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem und keine Rüstungsexporte. Wenn Rednern auf einer Maikundgebung nicht mehr einfällt, als eine arbeitnehmerfreundliche Ausgestaltung der Militarisierung im eigenen Land zu fordern, dann lassen sie "Ihresgleichen im Stich" und stellen sich als Kettenhunde dem eigenen Kapital zur Verfügung.

Foto: Werner Pfa

04

Was kann pädagogisch geleistet werden?

Eine klare pädagogische Haltung erwarte ich von den LehrerInnen und SozialarbeiterInnen. Migrantische Jugendliche können eine andere Erstsozialisation erfahren haben als Kinder ohne Migrationshintergrund. Sie können religiös und kulturell begründete Werte und Normen verinnerlicht haben, die konträr zu unseren säkularen und freiheitlich-demokratischen Prinzipien stehen. Das wird zum Beispiel beim Thema religiöses und sexuelles Mobbing ganz deutlich. Diese Formen des Mobbings sollten nicht nur als rein pubertäre Provokation oder als Schwierigkeit bei der Identitätssuche interpretiert werden. Wie die Bestandaufnahme von Devi e.V. aber auch französische und belgische Untersuchungen zeigen, ist dieses Verhalten nicht selten eine Nachahmung der Eltern oder des nahen Umfelds – und dazu Ergebnis einer übertoleranten Haltung der Aufnahmegesellschaft gegenüber religiös-patriarchalischen Bräuchen. Hier darf das schulische Personal nicht aus Angst oder falscher Scham davor zurückzuschrecken, die bedrohten Jugendlichen zu schützen; und es darf sich dabei auch nicht vom erlernten Opfer-Narrativ der Täter, dass man ein/e RassistIn sei, den pädagogischen Blick vernebeln lassen. Wichtig ist es, die Strukturen, in denen die migrantischen Jugendlichen leben, zu kennen und zu erkennen, ob diese ihre Freiheiten und Entfaltungschancen einschränken oder ob Gewalt (psychisch

und körperlich) angewendet wird. Dafür müssen die PädagogInnen bereit sein, genau hinzuschauen und zuzuhören. Denn oft geraten diejenigen, die sich von diesen Strukturen befreien wollen, in sehr bedrohliche Lagen. Offene Gespräche auf Augenhöhe ohne paternalistische oder kulturrelativistische Haltung sind nötig.

Die Würde des Menschen, die Gleichberechtigung der Geschlechter, die Religions- und die Gewissensfreiheit sowie die Meinungsfreiheit sind unverhandelbar. Hierfür sehe ich den Philosophie-Ethik-Unterricht als ein wichtiger Raum. Es sollte zum Pflichtfach ab der Grundschule werden. ■



Ich will frei sein, nicht mutig: FrauenStimmen gegen Gewalt

<https://www.amazon.de/will-frei-sein-nicht-mutig/dp/3865693288>

Erstsprachen nicht negieren

Fachtag der GEW: Eine Schule, viele Sprachen

Von Barbara Schüll

Eine Schule, viele Sprachen war das Motto des Anfang Mai durchgeführten Fachtags des AK Zuwanderung, ehemals „Gute Bildung für Geflüchtete“. Mit einem Kanon aus Vorträgen und Workshops wurden Erstsprachen und Spracherwerb aus verschiedenen Perspektiven beleuchtet. Einführend stellte Christopher Hupe, Bündnis 90/ Die Grünen und Vorsitzender des Ausschusses für Migration und Inklusion, die aktuelle Auseinandersetzung der Grünen zum Thema „Bildung und Sprachkonzepte“ dar. Prof. Dr. Andrea Daase von der Universität Bremen, Erziehungswissenschaftlerin mit dem Schwerpunkt DAZ/DaF, referierte zu Mehrsprachigkeit, den Chancen und bestehenden Hürden im System. Sehr anschaulich verdeutlichte sie den noch oft diskriminierenden aktuellen Umgang mit mehrsprachigen Schülerinnen und Schülern.

Muttersprache und Selbstermächtigung

Mit einer Stunde hatten wir die Zeit für diese Einführung und Diskussion viel zu knapp bemessen und können hoffentlich den Austausch an anderer Stelle fortführen. Zu anderer Zeit möchten wir auch den Workshop: „Muttersprache – das Mittel zur Selbstermächtigung“, nachholen. Die Frage: Besteht ein direkter Zusammenhang zwischen Muttersprache und Gender und wie wirkt sich unser Verhältnis zu (unserer sprachlichen) Identität auf Stärken, Gefühle, Gedanken und Persönlichkeiten aus? Eine spannende Diskussion, die wir unbedingt führen möchten.

In den Workshop Phasen ging es um:

- 1. Diagnostik2P** ist bundesweit das erste Diagnoseinstrument im schulischen Bereich, das kultursensibel und mit spracharmen Aufgabenstellungen arbeitet und den Entwicklungsprozess der Jugendlichen durch die Möglichkeiten wiederholter Testungen sichtbar macht. Mit den Bausteinen Deutsch, Englisch und Mathematik wird der aktuelle Stand fachlicher Kompetenzen erhoben und eine Ausgangslage zur gezielten individuellen Förderung und Hinführung zur Beschulung in Regelklassen definiert. Neben einer Einführung war Zeit für den Austausch über 2P, neue Programme, Bremens Sprachenvielfalt und diskriminierende Akzeptanz, so wie Forderungen zur Anerkennung der Herkunftssprachen.
- 2. Anerkennung der Erstsprachen** und wie sie für Zeugnisse zählen könnten. Der lange Weg, den die Aktiven bislang gegangen sind und die beharrliche Weigerung der Behör-

den. Immer wieder kamen die Kolleg:innen an den Punkt, dass Schulvorgaben zu statisch sind. Die gesellschaftliche Öffnung zu Toleranz, Integration, Wertschätzung findet vor allem ihren Ausdruck in Forderungen. Politisches Handeln findet nicht statt und blockiert dadurch die dringend notwendige Umsetzung, damit die vielgepriesene Willkommenskultur wirksam werden kann.

- 3. Lernen mit allen Sprachen im Fachunterricht**, unterstützt durch das digitale Lernportal Binogi. Dies wurde vorgestellt und eingeführt. Die Chancen und immer wieder die dadurch teil werdende Anerkennung und Wertschätzung der Erstsprache und der bereits erworbenen Kenntnisse der Schülerschaft, sowie die Wirksamkeit der gelebten Mehrsprachigkeit kann so unterstützend umgesetzt werden.
- 4. Bremer Sprachenvielfalt.** Angeregt durch die aktuelle Ausstellung „Bremen spricht“ haben die Wissenschaftlerinnen ihre umfassende Datensammlung aufbereitet und einen ansprechenden Workshop entwickelt. Anhand von praktischen Beispielen wurde auch hier die diskriminierende Haltung der Behörde deutlich benannt. Wie viele Sprachen darf ein Kind sprechen? Kann ein mehrsprachiges Kind eine gute Schülerin / ein guter Schüler sein?

In einer globalen Welt ist es kontraproduktiv, die Erstsprachen zu negieren. Unsere Forderung nach mehr Erstsprachenpflege an den Schulen, durch integrierte Angebote und Öffnung der Unterrichtsstrukturen ist drängender denn je. Das aktuelle Beispiel der ukrainischen Schüler:innen und Lehrkräfte zeigt deutlich: Es geht!

*Liebe Kolleginnen und Kollegen,
2023 haben wir Bürgerschaftswahl und jetzt werden die Parteiprogramme geschrieben. Damit die Politiker:innen uns nicht vergessen, zeigen wir ihnen die Realität in unseren Einrichtungen.
Dazu brauchen wir Dich! Wir werden bald Hospitationen mit den bildungspolitischen Sprecher:innen organisieren - in Kita, Schule, Uni, mit der Schulsozialarbeit, mit nicht unterrichteten Pädagog:innen. Bist du dabei? Melde dich unter: info@gew-hb.de, Betreff: Realitätscheck.*



Barbara Schüll, Landesvorstandssprecherin



Was ist
für Dich
internationale
Solidarität?

Özgür Çoban:

Seit Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine im Februar erleben Millionen Menschen die Schrecken des Krieges. Hunderte Zivilisten starben und Tausende weitere wurden verletzt. Familien wurden auseinander gerissen. Wenn der Krieg nicht bald endet, wird dieses unbeschreibliche Leid und die Massenvertreibung von Menschen weiter eskalieren. Während der Krieg Häuser, Schulen, Krankenhäuser, Grundversorgung und Infrastruktur zerstörte, mussten einige Menschen Regen- und Schneewasser trinken, die Versorgung mit Nahrungsmitteln und Medikamenten wurde eingestellt und Schülern in der Ukraine wurde das Recht auf Bildung verweigert. Der starke Solidaritäts- und Einheitsreflex der Europäischen Union mit dem russischen Angriff wird einen starken Beitrag zum Ende des Krieges und des Leidens der Ukrainer leisten. Wenn die Europäische Union solidarisch handelt, wird sie die Ausweitung des Krieges verhindern.

Die Ukraine braucht wegen des Krieges internationale Solidarität im Bildungsbereich. Das ist wirklich wichtig. Denn es ist für ukrainische Kinder von entscheidender Bedeutung, ihre

Ausbildung in den Ländern, in die sie geflüchtet sind, fortzusetzen, sowohl für ihre eigene Zukunft als auch für die ihres Landes. Dieser Krieg demonstrierte die entscheidende Rolle der Bildung beim Aufbau einer friedlichen Welt, in der Menschen Probleme mit Worten und nicht mit Waffen lösen können. Mit tiefster Verbundenheit begrüße ich Lehrerinnen und Lehrer auf der ganzen Welt, die sich unter erschwerten Bedingungen um Bildung bemühen.

Ukrayna'da Rusya saldırısının başladığı Şubat ayından bu yana milyonlarca insan savaş dehşetini yaşıyor. Yüzlerce sivil ölürken, binlercesi de yaralandı. Aileler parçalandı. Savaş hemen sona ermezse bu tarif edilemez acı ve insanların kitlesele olarak yerinden edilmesi artarak devam edecek. Savaşta evler, okullar, hastaneler, temel hizmetler ve altyapı tahrip olurken, bazı insanlar yağmur ve kar suyu içmek zorunda kaldı, yiyecek ve ilaç kaynakları kesildi ve Ukrayna'da öğrenciler eğitim hakkında mahrum kaldılar. Avrupa Birliği'nin Rusya'nın saldırısıyla birlikte

gösterdiği güçlü dayanışma ve birlik olma refleksi, savaşın ve Ukraynalıların yaşadıkları acıların sona ermesine güçlü katkı sağlayacaktır. Avrupa Birliği'nin güçlü bir dayanışma duygusu içerisinde hareket etmesi savaşın genişlemesini engelleyecektir.

Ukrayna, savaş nedeniyle eğitimde uluslararası dayanışmaya ihtiyaç duyuyor. Bu çok önemli. Çünkü Ukraynalı çocukların sığındıkları ülkelerde eğitime devam etmeleri hem kendi hem de ülkelerinin geleceği açısından hayati derecede önem taşıyor. Bu savaş eğitimin, insanların sorunları silahla değil kelimeler kullanarak çözebildiği, barış dolu bir dünyanın kurulmasındaki hayati rolünü gösterdi. En derin dayanışma duygularıyla dünyanın her yerinde zor koşullar altında eğitim için çaba gösteren öğretmenleri selamlıyorum.

Foto: Susanne Carstensen

Zwischen den Stühlen

Jugendbegegnungen in Europa –
Gedanken zu einem kostbaren Gut der Friedensarbeit

Von Swantje Hüsen

Die Meldungen zum Umgang mit Förderprogrammen für internationale Jugendbegegnungen reißen seit dem gewaltsamen Einmarsch Russlands in die Ukraine nicht ab. Alle Verbände, Organisationen und Stiftungen sind betroffen und sitzen vor allem in einer Zwickmühle: Die Aufrechterhaltung des interkulturellen Dialogs als Zeichen einer jugendgerechten Friedensbewegung (gerade jetzt!) versus der bedrohlichen Lage durch Aussetzen einer gesicherten Finanzierung (Folgenabschätzung nicht möglich). Letzteres lässt sich nur schwer in dieser kurzen Zeit des Krieges in Europa belegen, allerdings gibt es erste Hinweise auf Unterbrechungen der Zusammenarbeit mit russischen Organisationen. Die Stiftung Preußischer Kulturbesitz hat als erste Kultureinrichtung in Deutschland alle Projekte mit Russland auf „Eis gelegt“ (vgl. Zeit Online 26.02.22). Auch gewerkschaftsnahe Bildungseinrichtungen verzichten in diesem Jahr auf ihre Austauschprogramme, weil der Angriffskrieg unmittelbar alle bisherigen Bemühungen in Frage stellt (vgl. Arbeit und Leben Hamburg).

Eine Grundsatzdebatte

Die haben sich die international erfahrenen Einrichtungen sicher nicht ausgesucht und beantworten sie dieser Tage dennoch. Die Solidaritätsbekundungen und Klarstellungen sind vielfältig. So verweist der Volksbund auf seinem Gedenkportal auf sein ungebrochenes Engagement, sich auch für die in Russland lebenden Menschen stark zu machen, die sich für ein Ende des Krieges in der Ukraine einsetzen. Internationale Begegnungen sollen aufrechterhalten werden. Wohingegen die Stiftung Deutsch-Russischer Jugendaustausch sich seiner Grundlagen entzogen fühlt, weiter mit staatlichen russischen Verwaltungen zu kooperieren. Sie stellt Maßnahmen auf den Prüfstand und findet damit eine Form der Auseinandersetzung mit der schwierigen Situation. Die davon abhängigen Jugendorganisationen sind geradewegs betroffen und beziehen Position gegenüber dem zu leistenden Spagat: Die Deutsche Jugendfeuerwehr warnt vor einer Verurteilung des gesamten russischen Volkes und sieht die Wiederaufnahme von Kontakten gefährdet, wenn es erstmal zu einem Stillstand in der Kommunikation gekommen ist.

„Krieg zerstört den Zugang zu Bildung und wirtschaftliche Chancen. Mehr denn je sind folglich Partnerschaften zwischen Schulen, Städten und Einrichtungen (auf-)gefordert, die unverzichtbaren Strukturen demokratischen Handelns aufrecht zu erhalten.“

Zwischen den Stühlen

Wie bei der bekannten Reise, bei der Menschen auf den zur Verfügung gestellten Sitzgelegenheiten nicht ausreichend Platz finden und einer (der Mensch) übrigbleibt. Die Jugendverbandsarbeit ist bunt gestaltet – kirchliche und freie, bildungspolitische und soziale Träger finden nebeneinander Platz. Die große Einigkeit ist gleichzeitig ihre Stärke: Sie wollen aufklären über demokratische Strukturen, friedvolles Miteinander und zukunftsorientierte Ideen, wie junges, europäisches Leben gestaltet werden kann. Das Deutsch-Französische Jugendwerk erinnert nicht zu Unrecht an die 2015 einstimmig vom UN-Sicherheitsrat verabschiedete Resolution 2250 zu „Jugend, Frieden und Sicherheit“, mit der die positive Rolle junger Menschen bei der Schaffung eines nachhaltigen Friedens anerkannt wird (vgl. Globale Kampagne für Friedenserziehung). Eine große Aufgabe, die sich in den Aufrufen zu den jeweiligen Spendenaktionen und dem Bereitstellen von Unterkünften für geflüchtete Familien bei jedem Verband ablesen lässt. Jugendarbeit steht im Angesicht des Krieges (einfach) nicht still.



Was ist
für Dich
internationale
Solidarität?

Hüseyin Ali Görgü:

Internationale Solidarität bedeutet, wenn es eine Harmonie der verschiedenen Kulturen gibt, wenn gegenseitige Anerkennung da ist und man sich näher kennenlernt, Werte austauscht und vermittelt, an sich arbeitet und das nicht nur von den anderen erwartet sowie das soziale Mit- und Füreinander, also Empathie. In Bremen gibt es viele Persönlichkeiten, Politiker Künstler, Ärzte und Therapeuten, die Brücken schlagen zwischen Herkunftsgesellschaft und hiesiger Gesellschaft.

Foto: Werner Pfau

06

Wermutstropfen

Förderungen sind stets abhängig von ihrer nachgewiesenen Durchführung, ob projektbezogen oder institutionell. Müssen Organisationen befürchten, dass die Fortführung ihrer Finanzierung in Frage gestellt wird, wenn sie sich für ein Aussetzen ihrer Aktivitäten mit Russland entscheiden? Ein Gegenbeispiel, um Befürchtungen dieser Art an dieser Stelle nicht zu vervollständigen, ist der Aufruf des Deutsch-Polnischen Jugendwerks. Es stellt explizit Fördermittel bereit, mit denen Hilfsangebote für ukrainische Partnerorganisationen umgesetzt werden können. Seit über 30 Jahren ist die Ukraine Teil des trilateralen Austauschs mit Deutschland und Polen und auf diesen Erfahrungen basiert auch die Einrichtung der Initiative „Austausch macht Schule“ (vgl. gleichnamige Internetadresse). Diese setzt sich dafür ein, dass Jugendbegegnungen Teil des Bildungssystems in Deutschland werden. Einer Regelfinanzierung stünde dann (doch) nichts mehr im Wege.

Abschluss

Krieg zerstört den Zugang zu Bildung und wirtschaftliche Chancen. Mehr denn je sind folglich Partnerschaften zwischen Schulen, Städten und Einrichtungen (auf-)gefordert, die unverzichtbaren Strukturen demokratischen Handelns aufrecht zu erhalten und Visionen für die Wiederbelebung der (alten) Freundschaften zu entwickeln. Was der einzelne Mensch bewirken kann, scheint dabei von ebenso großer Bedeutung zu sein, wie die Frage nach dem System, in dem sich dieses Engagement bewegt. Freiräume für Demokratiebildung sind offen zu halten und zu fördern – das ist auch ein Auftrag der GEW (vgl. Resolution der Gewerkschaften); für ihren nichtschulischen Kontext vielleicht insbesondere. ■

Freundschaften durch politische Kooperation

Die deutsch-polnische Schulpartnerschaft „IGS Osterholz-Scharmbeck und Liceum 2 Kwidzyn“ wirkt nachhaltig

Von Björn Herrmann, Freier Mitarbeiter der Bildungsstätte Bredbeck

Helge Kaiser ist ein Leuchtturm. Und Katarzyna Wojciechowska auch. Beide Lehrkräfte verantworten seit vielen Jahren gemeinsam mit ihren Kolleginnen Franziska Vollmer und Ewa Chwiędacz-Feluś den Austausch zwischen der IGS Osterholz-Scharmbeck und dem Liceum Nummer 2 im polnischen Kwidzyn. Das Besondere an diesem aus einer Landkreispartnerschaft geborenen Austausch: Es gibt noch einen Dritten im Bunde. Der Landkreis Osterholz unterstützt mit pädagogischem Personal seiner Bildungsstätte Bredbeck das Langzeitprojekt, das 2006 mit dem Besuch einer ersten polnischen Gruppe in Osterholz-Scharmbeck begann und sich seit 2009 zu einer Schulpartnerschaft verfestigt hat, die schon lange auch einen offiziellen Status hat.

Hohe Wertschätzung

Der deutsche Geschichts- und Sportlehrer und seine Deutsch-Kollegin aus Kwidzyn sind seit 2011 am Start und aus einer Arbeitsbeziehung ist längst eine dicke Freundschaft des Teams geworden. Denn für die Lehrkräfte sind die meist neuntägige Reise nach Polen und der einwöchige Rückaustausch mit Unterkunft in Bredbeck eine Herzenssache, die längst ihre eigenen Traditionen begründet hat. Das Projekt beginnt nach einer langen Zugfahrt mit einem viertägigen Aufenthalt in einem Sporthotel an der Ostsee, wo sich die Schüler:innen beider Oberstufen auf quasi neutralem Terrain beschnuppern können, bevor es nach einer Stadtbesichtigung in Danzig weiter nach Kwidzyn geht, wo die Unterkunft in Gastfamilien einen Eindruck vom Leben in Polen vermittelt. Gemeinsam wird bereits an der Ostsee an einem umfassenden Thema gearbeitet. Die Arbeitssprache ist Englisch. Das Ergebnis ist in Kwidzyn oft eine Ausstellung und eine Präsentation vor politischen Vertreter:innen. Kaiser freut sich über den hohen Stellenwert in Polen: „Dort ist das Projekt ganz oben angesiedelt und genießt immense Wertschätzung.“ Der polnische Landrat persönlich empfängt regelmäßig die Beteiligten im Kreishaus.

Kritische und kontroverse Themen

In Bredbeck wird das Thema dann weiter ausgearbeitet, vielfach steckt ein großer theaterpädagogischer Anteil im Ergebnis, das wie auch schon in Polen von den Pädagogen aus der Bildungsstätte methodisch und inhaltlich angereichert wird. Mit den Jahren sind die Themen kritischer und kontroverser geworden. Standen zuerst Themen aus Tradition und Kultur im Mittelpunkt, so sind heute auch aktuelle Diversitäts- und Klimadiskussionen kein Tabu mehr. „Alle sind dadurch noch viel politischer und bewusster geworden und sehen, wie wichtig Demokratiebildung ist“, stellt der IGS-Lehrer fest. Doch beim Besuch der polnischen Schule verstören Profile wie „Öffentliche Sicherheit“ mit einheitlich schwarzer Uniformierung von Schüler:innen die deutschen Besucher:innen nach wie vor und auch die in Polen anstehende Einführung eines verpflichtenden Schießtrainings sorgt für Diskussionen.

Gewachsenes Vertrauen

Doch die Brücken zwischen beiden Seiten sind tragfähig. Denn das Vertrauen, dass aus der langen Zusammenarbeit gewachsen ist, trägt über alle unvorhergesehenen Ereignisse hinweg. Der gemeinsame Teamtag in Polen, wenn die Teilnehmer:innen in den Gastfamilien angekommen sind, gilt nicht umsonst als Höhepunkt. Entspannung im Wochenenddomizil der polnischen Kollegin inklusiver langer Waldspaziergänge und langer Nächte am Lagerfeuer - auch daraus ist diese langjährige Freundschaft geschmiedet. Und aus den unzähligen komischen und berührenden Ereignissen, die beide Teams teilen: Deutsch-polnische Liebespaare, ein herausforderndes Projekt mit einer fünftägigen Fahrradtour und Teilnehmer:innen, für die der „Polen-Austausch“ zu einem Erlebnis geworden ist, das sie für ihr weiteres Leben nachhaltig prägt. Und weil das seit inzwischen seit über zehn Jahren so ist, gilt das Projekt dem Deutsch-Polnischen Jugendwerk inzwischen als eines der erfolgreichsten und nachhaltigsten - eben als Leuchtturm-Projekt. ■



Özgür Aydın:

Wenn die Schere zwischen Arm und Reich in unserer Gesellschaft immer mehr auseinanderklafft, soziale Unruhen, Chancenungleichheit weiter und weiter voranschreiten, Nationalinteressen, nicht nur unsere europäische Wertegemeinschaft, sondern auch den Weltfrieden drohen zu zerstören, brauchen wir uns über den Begriff „Solidarität“ bald keine Gedanken mehr zu machen. Umso wichtiger ist es zusammen zu stehen, sich mit den Menschen, die sich am Rande unserer Gesellschaft befinden, zu solidarisieren, auf Missstände aufmerksam zu machen und vor allem gegen zu halten.

Foto: Susanne Carstensen

07

Der Trend zu Begegnungsschulen

Auslandsschularbeit und internationale Bildungssolidarität

Von Franz Dwertmann



Franz Dwertmann,
Bildungsexperte

Als im vergangenen Jahr die Taliban wieder die Macht in Afghanistan übernahmen, wollten zwei ehemalige Lehrerinnen der Deutschen Schule Kabul, die heute in Berlin und Hamburg unterrichten, ihren früheren KollegInnen helfen. Die deutschen Lehrkräfte hatten das

Land schon Jahre vorher verlassen müssen. Nun übergaben die beiden Frauen dem Auswärtigen Amt eine Liste der gefährdeten Mitarbeiter, sammelten Geld für die Familien, organisierten Dokumente und Rechtsbeistand. Trotz schwierigster Bedingungen konnten sie in Eigeninitiative eine Reihe von Ortskräften nach Deutschland bringen. Andere jedoch hoffen bis heute noch auf Pässe, auf das Durchkommen nach Islamabad oder auf das Placet des Auswärtigen Amtes; manche müssen sich versteckt halten.

Enge Zusammenarbeit

Die GEW unterstützte das Engagement der beiden Kolleginnen mit Mitteln aus dem Heinrich-Rodenstein-Fonds. Dies sei als ein Beispiel dafür genannt, wie Auslandslehrkräfte persönliche Solidarität mit den Ortskräften ihrer Gastländer üben. Ähnliches kann man berichten über die dramatische Situation in der Ukraine, wo 46 Schulen und mehrere Hundert ukrainische mit deutschen Lehrkräften bis vor zwei Monaten eng zusammenarbeiteten. Die maßgeblich zuständige Zentralstelle für das Auslandsschulwesen (ZfA) in Bonn teilt mit, dass sie mit fast allen ukrainischen KollegInnen, ob sie geflüchtet sind oder nicht, Kontakt hält und ihnen umfassende behördliche und persönliche Unterstützung anbietet.

„Wir wissen, dass auch das persönliche, solidarische Handeln mehr ist als materielle „mildtätige“ Hilfe. Sie setzt im Auslandsschuldienst voraus, dass man mit den einheimischen KollegInnen vertrauensvoll zusammenarbeitet.“

Hilfen über die Schulen hinaus

Viele deutsche Auslandslehrkräfte sind in ihren Gastländern ganz unmittelbar mit Bildungssituationen konfrontiert, die sie aus ihrer Heimat nicht kennen: Sie unterrichten oft in einem Kollegium mit Einheimischen, die nur ein Bruchteil ihres Gehalts erhalten, sogar noch einem Zweitjob nachgehen müssen und mit schwierigen Arbeitsbedingungen konfrontiert sind. Wer offen für seine Mitmenschen ist, neugierig auf deren ganz andere Lebenswelten, wer zugewandt und empathisch ist, wird viele Gelegenheiten finden, vor Ort praktische Solidarität zu üben. Das gilt natürlich nicht nur fürs Ausland und nicht nur für den Bildungsbereich, aber da erscheint sie besonders naheliegend: KollegInnen besorgen schwer erschwingliche Arzneimittel, organisieren Au-pair-Aufenthalte für die Kinder einheimischer Kollegen, ermöglichen juristische Unterstützung oder akquirieren Geld für den Bau von Schultoiletten. Solches solidarische Handeln von KollegInnen wirkt oft weit über die jeweilige Schule hinaus.



Was ist
für Dich
internationale
Solidarität?

Nick Strauss:

Für mich geht es bei Internationalismus um gemeinsame Interessen, um gute Arbeitsbedingungen und einen bewohnbaren Planeten. Ich halte gelebten Internationalismus innerhalb unserer Gewerkschaftsbewegung für die einzig wirkliche Lösung der vielfältigen Krisen unserer Zeit.

Foto: Susanne Carstensen

08

Solidarität wirkt nachhaltig

Wir wissen, dass auch das persönliche, solidarische Handeln mehr ist als materielle „mildtätige“ Hilfe. Sie setzt im Auslandsschuldienst voraus, dass man mit den einheimischen KollegInnen vertrauensvoll zusammenarbeitet und dabei deren oft andere Art zu unterrichten und die unterschiedlichen kulturellen Prägungen und Lebensgewohnheiten respektiert. Und damit das gemeinsame Anliegen, jungen Menschen durch Bildung bessere Lebenschancen zu ermöglichen, voranbringt. Die Verständigung darüber, die kommunikative Reflektion und das pädagogische Miteinander sind die größten Herausforderungen für die Auslandsschularbeit. Aber erst eine solche solidarische Bildungsarbeit wirkt nachhaltig. Nur unter solchen Voraussetzungen kann es sogar gelingen, dass Lehrkräfte an deutschen Auslandsschulen im Extremfall politisch Verfolgte unter den einheimischen KollegInnen schützen, wie das in Zeiten der latein-

amerikanischen Militärjuntas vorkam. Tatsächlich aber war dies die absolute Ausnahme. So wie die deutschen Auslandsschulen zunächst nur für die Kinder deutscher Auswanderer gegründet, vom kolonialistischen Erbe geprägt¹ und in der NS-Zeit überwiegend willfährig waren², so angepasst waren sie bis in die 80er Jahre in autoritären oder diktatorischen Ländern³ - solidarisch allenfalls mit den (Bildungs-)Eliten der Länder, deren Kindern man zu privilegierten Lebenschancen verhalf.

Immer noch getrennte Lehrerzimmer

Und tatsächlich ist es auch heute oft objektiv schwierig, als deutsche Lehrkraft an einer Schule im Ausland solidarisch zu wirken. Oft ist die Zeit des Aufenthalts viel zu kurz dafür (in der Regel drei Jahre, maximal sechs) und die Eingewöhnung





Was ist
für Dich
internationale
Solidarität?

Sofia Leonidakis:

Internationale Solidarität in der Bildung in Deutschland bedeutet für mich, die eigenen Privilegien zu reflektieren und die globalen Zusammenhänge zu erkennen. Es sind unglaubliche Verbrechen von Deutschland ausgegangen: Die Kolonisierung von Ländern und Versklavung und Ermordung ganzer Völker, die singulären Verbrechen des Zweiten Weltkrieges. Heute werden Rohstoffe oder Arbeitskräfte in ärmeren Ländern durch Konzerne und Handelspolitik der Industriestaaten ausgebeutet. Sie verantworten die Klimakrise im Wesentlichen, die jetzt vor allem ärmere Regionen ausbaden müssen. Lebensgrundlagen werden zerstört und Menschen vertrieben, während Europa seine Grenzen abschottet. All das sollte in kritischer Bildungsarbeit aufgearbeitet werden.

Foto: Werner Pfau

09

im neuen Land, die zusätzlichen Belastungen im gänzlich anderen Schulsystem, die veränderten persönlichen/familiären Bedingungen, das Erlernen der Sprache etc. – all das erfordert viel Kraft. Hinzu kommt, dass die einheimischen KollegInnen durchaus reserviert sein können gegenüber den immer nur für wenige Jahre auftauchenden deutschen Gastlehrkräften. Und manchmal gibt es in den Auslandsschulen noch getrennte Lehrerzimmer. Schließlich werden die deutschen KollegInnen auf ihren Auslandsaufenthalt auch eher dürftig vorbereitet, was die länder- und kulturspezifischen Voraussetzungen einer solidarischen Bildungsarbeit betrifft. In dem Vertrag, den die Auslandslehrkräfte unterschreiben, müssen sie sich ausdrücklich zu (politischer) Mäßigung und „diplomatischem“ Verhalten im Gastland bekennen. Was bedeutet das wohl für die deutschen KollegInnen an den Auslandsschulen in der Türkei, wenn sie sich mit demokratisch gesinnten, aber als unbotmäßig geltenden einheimischen Lehrkräften solidarisieren wollten?

Neue Akzente

Insbesondere mit dem damaligen Außenminister Steinmeier hat die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik, in die das Auslandsschulwesen eingebettet ist, deutlich neue Akzente gesetzt. Schon vorher hatten sich viele der „elitären“ deutschen Auslandsschulen konzeptionell in Begegnungsschulen verwandelt, in denen es nicht nur deutsche, sondern auch einheimische Lehrpläne und Abschlüsse gibt und das gleichberechtigte Miteinander beider Kulturen zum Prinzip wird. Nach der „Wende“ gab es neben den traditionellen Auslandsschulen (heute sind es 150) einen neuen Ansatz in der Auslandsschularbeit: An nationalen Schulen im Ausland wurden Deutsch-Schwerpunkte eingerichtet, die das Deutsche Sprachdiplom (DSD) vermitteln, das auf der Stufe B 2 das Studium an einer deutschen Universität ermöglicht. Es stellt eine geradezu „anti-elitäre“ Einrichtung dar, die einer Schülerin in Belarus oder einem Schüler in Vietnam – ohne Schulgeld – große Bildungschancen eröffnen kann. Inzwischen gibt es weltweit über 1100 solcher DSD-Schulen. An diesen vom Auswärtigen Amt geförderten Schulen lernen zurzeit über 500.000 SchülerInnen in 70 Ländern (an den traditionellen deutschen Auslandsschulen sind es 85.000).

Eine Art weltweite Lerngemeinschaft

Um daraus eine globale Bildungspartnerschaft zu machen, wurde 2008 die sog. PASCH-Initiative gegründet: „Schulen: Partner der Zukunft“. Die inzwischen fast 2000 Schulen im Ausland mit deutscher Förderung bilden zusammen mit mehreren Hundert Schulen in Deutschland ein Netzwerk, in dem auf vielfältige Weise kooperiert werden kann. Eine Art weltweite Lerngemeinschaft, deren Ziel mehr als bloße Mehrsprachigkeit ist: Bildung wird als Schlüssel zur Lösung der gemeinsamen Zukunftsprobleme

verstanden.⁴ Die vielfältigen (digitalen) Projekte, interaktiven Angebote, Fortbildungsmaßnahmen, Unterrichtsmaterialien, Stipendien und Begegnungen sollen zunächst natürlich bei jungen Menschen in der ganzen Welt vor allem Interesse oder gar Begeisterung für die deutsche Sprache und die moderne deutsche Gesellschaft wecken, aber dahinter steckt auch die Idee einer internationalen Bildungsgerechtigkeit: von der globalen Bildungspartnerschaft zur internationalen Bildungssolidarität! Viele Schulen in Deutschland unterstützen ihre PASCH-Partnerschulen in der Ukraine und haben bereits Geflüchtete aufgenommen.

Einheimische Gewerkschaften und das Tabu

Das wichtigste Kapital, um nachhaltige Grundlagen dafür zu schaffen, dass aus jungen Menschen solidarische „global citizens“ werden, sind die Lehrkräfte.⁵ Man könnte sich vorstellen, dass GEWerkchaftlich organisierte Lehrkräfte, das sind ungefähr ein Drittel der deutschen Auslandslehrkräfte, einen besonderen Beitrag zur internationalen Bildungssolidarität leisten könnten. Das ist aber schon deswegen schwierig, weil sie sich normalerweise nicht in den einheimischen Lehrgewerkschaften organisieren können. Und die GEW und ihre AG Auslandslehrkräfte (AGAL) sehen sich kaum in der Lage, ein spezielles Konzept für eine gewerkschaftlich orientierte bildungssolidarische Arbeit im Ausland zu entwerfen.

Russland will keine Auslandslehrkräfte mehr

Die praktische Frage, ob die optimistischen Ansprüche der Steinmeier-Initiative tatsächlich umgesetzt werden und langfristige Wirkung haben, hängt also ebenso von den allgemeinen Rahmenbedingungen wie nicht zuletzt von der Überzeugungskraft der deutschen Lehrkräfte im Ausland ab. Der Krieg stellt zurzeit alle Bemühungen um partnerschaftliche Bildungsprojekte in der Ukraine in Frage. Schon Anfang dieses Jahres hatten die Regierungen in Russland und Belarus neben der Arbeit des Goethe-Instituts auch die der Auslandslehrkräfte für unerwünscht erklärt. Demokratieerziehung, Mitbestimmung, weltbürgerliche Bildung, internationale Vernetzung passen Lukaschenko und Putin eher nicht. ■

1 Tsity Dangarembga, *Aufbrechen*. Roman. Berlin 2019

2 Jens Weibel, *Die deutschen Auslandsschulen in der Zeit des Nationalsozialismus*. Dissertation Frankfurt/Oder 2011

3 Deutsche Schule Santiago de Chile, Projekt „Die Deutsche Schule zur Zeit der Militärdiktatur. Erinnern für die Zukunft, Berlin 2020

4 Transnationale Bildungsräume. Herausforderungen für die deutsche Auslandsschularbeit. Dokumentation einer Fachtagung der GEW (AGAL) und der Uni Oldenburg. Frankfurt 2014.

5 Die 24. AGAL-Tagung widmet sich vom 9. bis 12. November 2022 dem Thema „Nachhaltiges Lernen im PASCH-Netz?“

Augen für die Welt öffnen

Projekt „Erasmus+“: Auch der GEW würden internationale Kontakte im Berufsschulbereich gut tun

Von Michael Graf-Jahnke



Michael Graf-Jahnke,
Berufsschullehrer

Da musste ich erstmal lächeln, als mich der Wunsch erreichte, etwas über meine Auslandsaktivitäten mit „Erasmus+“ zur Solidarität unter Jugendlichen zu schreiben. Einmal aus Nostalgie, wem unsere Solidarität gehört, hatten wir nicht alle diesen Satz skandiert: Ganz klar, den Unterdrückten der Völker oder den unterdrückten Völkern. Zum Nachlesen eine Quelle: <https://www.bpb.de/medien/31231/1XOLT3.pdf>. Somit wird klar, ich bin auf dieser Bühne nur ein kleines Licht. Macht ja nix. Coronageschwächt und im Kampf gegen alle institutionalisierten Hindernisse bin ich in dem Projekt „Coastline“ aufgegangen, um die europäische Solidarität zu befördern. Ziel meiner seit 2017 andauernden Anstrengungen ist es, mit Auszubildenden des dualen Systems einen Auslandsaufenthalt zu organisieren, der sie mit den kulturellen und den arbeitsorganisatorischen Gegebenheiten des Partnerlandes in Kontakt bringt, um ihre Ausbildung mit der internationalen Komponente zu erweitern.

Berufliche Flexibilität als Ziel

Europa steht hinter mir, die globalisierte Unternehmerschaft sowieso, die humanitären Bestrebungen der deutsch-französischen Freundschaft machen es uns schon seit Jahrzehnten vor. Warum

also nicht die „Internationalisierung der Beruflichen Bildung“ - wie vom Bundesinstitut der beruflichen Bildung (BIBB) propagiert - beim Wort nehmen und die damit verbundenen Programmfelder einwerben und der beruflichen Bildung und ihren Auszubildenden zuführen? Meine Auszubildenden finden Argumente: „Ich bin gerade auf Montage und arbeite für General Electric. Hinter mir sind fünf Italiener. Neben mir singen Franzosen zu ihrer Arbeit. Vor mir arbeiten welche, deren Sprache verstehe ich nicht. Aber ohne Englisch geht hier gar nichts. Ich bin Syrer, ich bin gerade in Deutschland angekommen und froh eine Ausbildungsstelle zu haben, warum soll ich jetzt schon wieder weg, um in Europa zu arbeiten.“ Gegensätzlich? Unsere Rahmenrichtlinien weisen als Ziel dazu aus, „berufliche Flexibilität zur Bewältigung der sich wandelnden Anforderungen in Arbeitswelt und Gesellschaft auch im Hinblick auf das Zusammenwachsen Europas zu entwickeln.“ Ist das schon internationale Solidarität. Lassen wir mal den Bärtigen sprechen: „Proletarier aller Länder vereinigt euch.“ War ja gerade 1. Mai. Fangen wir mal mit Europa an.

Eine Schule auf dem Weg nach Europa

Seit 2020 läuft „Coastline“, welches am Technischen Bildungszentrum Bremen im Team Mechatronik ausgedacht und projek-

„Zunächst einmal sind Austausche nicht die Ausnahme, sondern die Regel. Die Schulen sind auf alle organisatorischen Fragen vorbereitet und haben bereits Lösungen standardisiert, die es einfach machen, internationale Azubis in ihren Schulalltag zu integrieren.“

tiert wurde, um Auszubildenden des Berufsbildes Mechatronik die Möglichkeit einer Lernsituation im europäischen Ausland zu bieten. Ziel dieses Projekts ist also, über die zu vermittelten Inhalte mit Hilfe der englischen Sprache eine Brücke zu bauen, um die vorhandenen Sprachkenntnisse in konkrete Bezüge zur Alltagsarbeit zu setzen und in einen bilingualen Unterricht zu überführen.

Europass Mobilität international

Montagetätigkeiten oder Reisen zu Kunden in das Ausland sind zwar derzeit durch die Pandemie eingeschränkt, aber müssen weiter durchgeführt werden, da ein wesentlicher Teil des Auslandsgeschäftes weiterhin abgewickelt werden muss. So sind die beteiligten Lehrer des Mechatronik-Teams trotz Pandemie direkt nach Beendigung des Lockdowns mit den Partnerschulen in Spanien und Portugal übereingekommen, „Coastline“ entgegen diesen widrigen Umständen durchzuführen. Die Akkreditierung der Schule wurde durchgeführt, deren erklärtes Ziel ist, den Auszubildendenaustausch nachhaltig bis Programmende 2027 im Schulalltag zu verankern. Dazu ist ein Berufsschulentwicklungsplan zu projektieren, dessen Meilensteine die durchgeführten Mobilitäten von Bildungspersonal und Auszubildenden sind. Die Lernsituationen und die zu erwerbenden Zertifikate, die außer der interkulturellen Kompetenz, der internationalen Fachkenntnisse, die Kenntnisse der Arbeitsprozesse, die Fremdsprachenkompetenz zudem in einem Europass Mobilität müssen international anerkannt werden.

Bilaterale Austausche

Verschwiegen werden sollen hier nicht die vielfältigen Freizeitaktivitäten, die es für Auszubildende zu erfahren gibt, die wesentlich zur Motivation und positiver Grundhaltung führen. So sind die Partnerschulen in landschaftlich und kulturell reizvollen Gebieten angesiedelt, welche das Defizit der sportlichen Aktivitäten kompensieren oder auch nur die Neugier und die Wissbegier nach anderen Lebensentwürfen stillen. Vieles bleibt hier ungesagt, aber nach drei Austauschen steht es uns zu, eine Aussage über die Bereitschaft zur Internationalisierung der Partnerschulen zu treffen. Zunächst einmal sind Austausche

nicht die Ausnahme, sondern die Regel. Die Schulen sind auf alle organisatorischen Fragen vorbereitet und haben bereits Lösungen standardisiert, die es einfach machen, internationale Azubis in ihren Schulalltag zu integrieren. Allgemein wird daher auch erwartet, dass die Austausche bilateral zu gestalten sind. Das bedeutet für uns als Partnerschule, in einem Konsortium von akkreditierten Schulen eine Infrastruktur aufzubauen, welche Übernachtungsmöglichkeiten, Firmenbesuche, Praktikumsplätze und kulturelle als auch sportliche Aktivitäten umfassen.

Von positiver Haltung profitiert

Alles bisher Beschriebene sollte unbedingt für die bremische Berufsbildung, die Handelskammer, die Berufsschulen, die Bildungsbehörde und vor allem der politischen Ebene in einem Event der Internationalisierung der Berufsbildung gewürdigt werden, welches auch die Partnerschulen mit einbezieht. Dort wäre das Forum, um die beteiligten Firmen mit diesen nicht grundsätzlich neuen, aber jetzt auch durchführbaren Auszubildendenaustausche zu konfrontieren und eine neue Sicht auf die Internationalisierung der Berufsbildung zu eröffnen. Diese positive Haltung der an der Berufsbildung beteiligten Institutionen ist uns an den Standorten den jeweiligen Partnerschulen, in Santander in der autonomen Region Kantabriens, in Ferrol der autonomen Region Galiziens in Spanien und in dem zentralen in der Industrieregion Braga gelegen Vila Nova do Famalicao in Portugal entgegengebracht worden. Abschließend sei gesagt, dass „Das Europa der Einheit“ ein immer wieder zu erarbeitendes Verständnis ist, welches auf allen Ebenen und vor allen Dingen auf der Ebene der Beruflichkeit neu zu definieren, zu entwickeln und zu beleben ist.

Nicht alle in einem Boot

Da hat aber einer die Rechnung ohne den Wirt gemacht! Solidarität unter Auszubildenden durch verlängerte Klassenfahrten auf Kosten der europäischen Union, blaues Wasser, heißer Sand, Sangria und sonnengebräunte Körper - so brachten es meine KuK auf den Punkt: Das ist deine Motivation! Nicht etwa die internationale Solidarität! Hört ihr da die Vorurteile gegenüber den sonnenhungrigen Lebemenschen, die sich auf Kosten



„Solidarität ist eine der Grundwerte der Europäischen Union. Das Europäische Solidaritätskorps ist eine großartige Chance für junge Menschen, sich freiwillig für ein soziales und vielfältiges Europa zu engagieren.“



Unbekannte Möglichkeiten

In dieses Boot sollten wir unsere Schutzbefehle setzen, damit sie eine wirkliche Teilhabe an den Errungenschaften der Europäischen Gemeinschaft wertschätzen, verstehen und sie aktiv ausfüllen können. Und siehe da, es wurde reagiert. Es gibt das europäische Solidaritätskorps, welches transnational hohes, aber hierzulande geringes Aufsehen erfährt. Obwohl hier gerade die betreffenden Aussagen für eine europäische Solidarität gemacht werden,

der Europäischen Union einen feinen Lenz im Süden Europas machen. Griechenland, Italien, Spanien, Portugal und selbst Frankreich sind diesem Verdacht ausgesetzt. Großbritannien heißt jetzt United Kingdom und hat einen Schlussstrich unter die europäische Solidarität gezogen. Frankreich ist für fünf Jahre gesichert. Die europäische Solidarität zeigt Risse in Polen, Ungarn, in der Slowakei und was in der Ukraine geschieht, lässt uns nicht unberührt. Die Flüchtlingsfrage erfährt eine neue, zutiefst unsolidarische Dimension und leitet uns zu der Frage: Sitzen wir nicht alle in einem Boot?

Geringere europäische Wahrnehmung

Alle in einem Boot schon, aber unsere Jugendlichen in der Berufsvorbereitung, in der Ausbildungsvorbereitung, in der betrieblichen Erstausbildung und nicht zuletzt im lebenslangen Lernen haben einen Nachholbedarf bezüglich der europäischen Wahrnehmung. Die Grundrechte-Charta der Europäischen Union weiß da Rat. Zum Schutz der Jugendlichen sagt sie: „Zur Arbeit zugelassene Jugendliche müssen ihrem Alter angepasste Arbeitsbedingungen erhalten und vor wirtschaftlicher Ausbeutung und vor jeder Arbeit geschützt werden, die ihre Sicherheit, ihre Gesundheit, ihre körperliche, geistige, sittliche oder soziale Entwicklung beeinträchtigen oder ihre Erziehung gefährden könnte.“

ist noch nicht für alle ersichtlich, welche Möglichkeiten sich hier auftun. Das gilt im Übrigen auch für unsere GEW, der internationale Kontakte auch gut zu Gesicht stehen würden.

Antragsflut sehr erwünscht

„Solidarität ist eine der Grundwerte der Europäischen Union. Das Europäische Solidaritätskorps ist eine großartige Chance für junge Menschen, sich freiwillig für ein soziales und vielfältiges Europa zu engagieren. Das geht z.B. in Freiwilligendiensten oder mit eigenen Initiativen. Durch ihren solidarischen Einsatz entsteht gesellschaftlicher Zusammenhalt in ganz Europa.“

Bleibt mir nur noch zu erwähnen, dass wir es nicht den großen Firmen, den Industrie- und Handelskammern, den smarten Firmen und Instituten überlassen sollten. Deren allseits akzeptierte Motivation, die Bereicherung, die Akkumulation des Kapitals oder die Steigerung der Dividende, dieses Geld der Gemeinschaft für ihre Zwecke abzurufen, ist zu kritisieren. Stattdessen sollte sich die altmodische, altruistische und rückwärts gewandte Einstellung der Solidarität, in einer gesteigerten Antragsflut in den Programmen „Erasmus+“ und des europäischen Solidaritätskorps niederschlagen, um unseren Auszubildenden die Augen für die Welt zu öffnen. ■



Was ist für Dich internationale Solidarität?

Sülme Doğan:

Aus meiner Sicht bedeutet internationale Bildungssolidarität nicht nur die adäquate Finanzierung der Lehrenden (natürlich aber auch). Für mich ist internationale Bildungsgerechtigkeit ein Austausch zwischen einzelnen Ländern und den entscheidenden Playern in diesen Ländern (die Regierungen, Gewerkschaften, Schulträger ...), bei denen sie sich auf Kriterien und Standards einigen, nach denen einzelne Länder zur Förderung ihrer Bildungs- und Schulsysteme entsprechende Unterstützung bekommen. Dabei ist es z.B. bedeutsam, wie demokratisch das Land grundsätzlich ist, was getan wird um Bildungsungerechtigkeiten zu reduzieren und wie mit sozialen Minderheiten umgegangen wird.

Foto: Susanne Carstensen

10

Grenzenloses Bühnenspiel

Wie mit einem Theaterprojekt unterschiedliche Kulturen zusammengebracht werden

Von *Abiud A. Chinelo*

In Bremen und umzu leben viele junge Menschen mit Migrationshintergrund, die sich in ihrem sozialen Umfeld mit Vorurteilen konfrontiert und nicht zugehörig fühlen. Sie kommen aus unterschiedlichen sozialen Schichten. Ihre Einbeziehung bietet die Chance der Begegnung und eines von Offenheit und Respekt bestimmten Miteinanders. Theaterprojekte wie unseres bieten eine offene Plattform dafür. Es entstehen Begegnungen, um gesellschaftliche Konflikte aufzugreifen und durch kreatives Miteinander voneinander zu lernen und Vorurteile abzubauen. Die gemeinsame szenische Arbeit der Teilnehmer:innen fördert das gegenseitige Verständnis und die individuellen Sozialkompetenzen. In der Projektbeschreibung heißt es: Hauptziel ist die Schaffung einer interkulturellen Begegnung, um einer gesellschaftlichen Spaltung entgegenzuwirken.

Ein Thema aus vielen Blickwinkeln

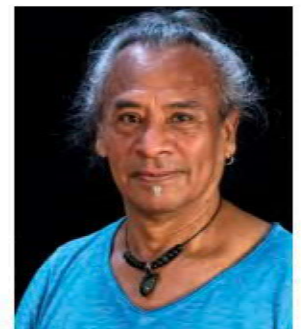
Aktuell wird das Stück „Wütendes Wasser oder die Rebellion des Gottes Chaac“ vorbereitet und geprobt. Es geht um das globale Problem Umweltzerstörung, verbunden mit Migrationsfragen sowie mit den Themen Rassismus und Diskriminierung. Die Teilnehmer:innen, alles Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 15 und 30 Jahren, reflektieren interaktiv und lernen nicht nur etwas über die bestehenden gesellschaftlichen Konflikte und deren Ursachen, sie treten auch in einen Prozess der Sensibilisierung für ihr Umfeld und das Miteinander im Zusammenleben ein. Sie erwerben künstlerische sowie integrative Fertigkeiten. Und sie transportieren das Wissen als Multiplikatoren weiter. Bei den Workshops und regelmäßigen Treffen werden gesellschaftspolitische Themen wie zum Beispiel die soziale und ökologische Gerechtigkeit oder auch das mangelnde Umweltbewusstsein und bestehende Konflikte aufgrund der Zerstörung von Lebensräumen in vielen Ländern thematisiert. Bei der gemeinsamen Entwicklung des Theaterstücks bringen die Teilnehmenden ihre individuellen Erfahrungen ein und bereichern so das Thema. Sie haben die Chance, ihre Inhalte aus anderen Winkeln zu betrachten.

Kognitives Wissen und emotionales Verstehen

Die Teilnehmer:innen schulen das eigene Ausdrucksvermögen und sie lernen eigene Gedanken reflektiert zu vermitteln. Durch die Auseinandersetzung mit globalen Themen und deren Auswirkungen auf die eigene Lebenssituation wird allen die persönliche Verantwortung noch stärker ins Bewusstsein gerufen. Durch die Erfahrungen im Theaterspiel soll kognitives Wissen in emotionales Verstehen umgewandelt werden. Insbesondere beim gemeinsamen Erarbeiten der Szenen besteht die Möglichkeit, sich in gegengeschlechtlichen Rollen auszuprobieren. Es werden immer Rollenklischees thematisiert, aufgegriffen und theatralisch einbezogen.

Im November auf die Bühne

Der Aufbau und die Umsetzung des Theaterprojektes erfolgt in Teilschritten. Nach Schnuppertagen in Oberschulen und im Chinelo-Theaterhaus im Viertel bildet sich eine Gruppe, die sich wöchentlich trifft, wobei während der gesamten Laufzeit jederzeit neue Interessierte einsteigen können. Nach den Theatertreffen, zwei dreitägigen Intensivworkshops in der Bildungsstätte Bredbeck und im Chinelo-Theater präsentieren die Jugendlichen und professionellen Mitwirkenden das Theaterstück im November mehrmals auf der Bühne. Die Workshops und Theateraufführungen werden gefilmt, zu einer DVD-Filmdokumentation zusammengeschnitten. Im Rahmen der Evaluation treffen sich nach den Aufführungen alle Darsteller/-innen und Mitarbeiter/-innen des Projektes im Chinelo-Theaterhaus und bewerten die künstlerische Entwicklung. Das Stück wird in das Repertoire aufgenommen und kann auch in Zukunft an anderen Spielorten u.a. bei Theaterfestivals innerhalb Deutschlands und international aufgeführt werden.



Abiud A. Chinelo,
Theaterregisseur



Was ist für Dich internationale Solidarität?

Ebru Aydin:

Durch Kriege erleben wir den Verlust von Achtung und Wahrung der Menschenwürde. Unsere Reaktion in Europa muss Solidarität sein, das bedeutet für mich das Zusammenhalten unserer Gesellschaft, unabhängig von Herkunft oder sozialem Status. Eine gemeinsame Haltung für Bildungssolidarität ist so wichtig, insbesondere die Ermöglichung für die Integration der Jüngsten in Kita und Schule, denn das gibt Halt und Stabilität in der Fremde. Eine solidarische Gesellschaft muss das gemeinsame Ziel haben, Chancengleichheit zu ermöglichen und für einander da zu sein.

Foto: Susanne Carstensen



- Das Chinelo-Theaterhaus ist seit 2004 ein gemeinnütziger Verein.
- In bisher 25 Inszenierungen wurden Jugendliche und junge Erwachsene unterschiedlichster Herkunft und Nationalitäten mit einbezogen.
- Der Verein erhielt 2010 den Bremer Vielfaltspreis „Der Bunte Schlüssel“. Zum Gewinn des Wettbewerbs „Bremer Hauptstadt des fairen Handels 2011/12“ haben die Stücke „Das Klingeln von Tantal“ und „Bitter-süßer Kakao“ beigetragen.
- Künstler:innen des Theaterprojektes sind: Abiud A. Chinelo, der künstlerische Leiter. Er ist ein aus Mexiko eingewanderter Theaterregisseur, Autor, Schauspieler

und Musiker; Vera Marreck (Violinistin und Mitgründerin der interkulturellen Konzertreihe „Grenzenlos – sin fronteras“); Inken Leupolt (Cellistin); Lucia Geißel (Kontrabassistin) und Man-Chia Yang (Pianistin aus Taiwan) unterstützen das Projekt musikalisch.

- Kooperationspartner sind die Inge Katz Schule, das Lidice-Haus und das Gymnasium an der Hamburger Straße.
- Aufführungstermine in 2022: 25., 26. und 27. November (davor Ende Oktober ein Workshop in der Bildungsstätte Bredbeck)
- mehr Informationen: Chinelo-Theaterhaus e.V., Feldstr. 103, 28203 Bremen, Tel.: 0421-79012971; Mail: chinelo-theaterhaus@gmx.de; www.bremer-welttheater.de

Schulaufsicht – kann das weg?

Was ich schon immer mal sagen wollte – Eine Kolumne von Angelika Hanauer

Frei nach Woody Allens „Was Sie schon immer über Sex wissen wollten, aber bisher nicht zu fragen wagten“ möchte ich in dieser Kolumne mal frei von der Leber weg meine Meinung zu einigen Themen der bremischen Bildungslandschaft loswerden. Das tue ich bewusst nicht in meiner Funktion als Personalrätin, sondern aus dem Blickwinkel einer Lehrerin, die nach zehn Jahren in der Schule inzwischen auch zehn Jahre Gelegenheit hatte, einen Blick „hinter die Kulissen“ zu werfen.

Eins noch vorweg: Ich habe nicht vor, persönlich zu werden. Das brauche ich auch gar nicht, da es sich bei den Dingen, die ich ansprechen möchte, um systemische Probleme der bremischen Bildungspolitik bzw. der Bildungsverwaltung handelt. Die Protagonisten sind vielfach austauschbar. Ähnlichkeiten sind rein zufällig – aber wer sich angesprochen fühlt, sei dennoch herzlich eingeladen. Und: Ausnahmen bestätigen die Regel. Denn natürlich gibt es auch positive Beispiele – die sind aber nach meiner Wahrnehmung deutlich in der Minderheit.

Was erlauben Strunz, äh - Schulaufsicht?!

Ich bin inzwischen seit 20 Jahren im bremischen Schuldienst und habe mich schon vor meiner Zeit im Personalrat gefragt, was eigentlich die Rolle der Schulaufsicht ist. An meiner Schule haben wir im Rahmen fortdauernder Auseinandersetzung irgendwann einmal die Schulaufsicht um Hilfe gebeten – ihr könnt euch vielleicht denken, wie das ausging...

Es gipfelte in der Aussage des damals zuständigen Aufsichtsbeamten „Man müsse auch einfach mal tun, was einem gesagt werde.“ Vielen Dank!

Bei einer anderen Gelegenheit, als ich nämlich selbst zum Dienstgespräch geladen wurde und gerügt werden sollte – zu Unrecht, wie sich herausstellte – habe ich besagten Beamten dann ganz direkt gefragt, ob die Schulaufsicht nicht auch dafür zuständig sei, bei Konflikten zwischen Leitung und

Kollegium beide Seiten zu betrachten und zu vermitteln. Nein, sagte dieser, das sei nicht seine Aufgabe. Da hatte ich mich offensichtlich getäuscht.

Keine Hilfe zu erwarten

Das ist vermutlich eine Erfahrung, die viele von euch ebenfalls gemacht haben. Von der Schulaufsicht ist keine oder nur selten Hilfe zu erwarten. In der Regel unterstützt sie bei Problemen die Schulleitung. Mir wollte das nicht einleuchten, sagt doch schon der Begriff „Schulaufsicht“ eigentlich etwas Anderes aus. Als ich dann in den Personalrat kam und so allmählich verstand, wie Schulaufsicht und Schulleitungen beamtenrechtlich zusammenhängen und deren Zusammenspiel bei vielen Gelegenheiten beobachten konnte, wurde mir so einiges klar.

Von oben herabbefördert

Die eine Sache, die mir auffiel, war, dass die Position „Schulaufsicht“ für manche ein Sprungbrett ist zu einer Stelle als Schulleiter:in. Die Schulaufsichten sind zwar Dienstvorgesetzte der Schulleiter:innen, haben aber entweder die gleiche Besoldungsstufe wie diese, nämlich A15, oder liegen bei größeren Schulen, deren Leiter:innen A16 bekommen, sogar darunter. Man kann sich also in eine höhere Gehaltsstufe herabbefördern lassen. Ein sehr eigenartiges Konstrukt, das die Frage aufwirft, ob es einen Einfluss auf das Verhalten von Schulaufsichten gegenüber den Schulleitungen hat, wenn man die Absicht hegt, selbst auch Schulleiter:in zu werden.

Küsschen links, Küsschen rechts

Das zweite, das mir auffiel, ist vermutlich etwas Typisches für unser kleines Bremen: Man kennt sich. Begleitete ich als Personalrätin Kolleg:innen zu einem Dienstgespräch oder zu anderen Terminen, bei denen es um Vorwürfe von dienstlichen Verfehlungen oder um innerschulische Konflikte ging, konnte



„Wir wollten im Personalrat irgendwann genauer wissen, was die Schulaufsicht macht und haben 2019 offiziell nach einer Aufgabenbeschreibung gefragt. Die erstaunliche Antwort lautete, es gäbe keine.“

ich oft beobachten, dass die Schulaufsicht und die Schulleitungen per du waren und sich offensichtlich gut kannten. Nicht selten gab's zur Begrüßung unter Frauen auch ein oder zwei Küsschen auf die Wange – vor Corona natürlich!

So gut wie nie wurde das Gefühl vermittelt, die Schulaufsicht höre sich das Problem unvoreingenommen erst einmal von beiden Seiten an. Fast durchweg stützte die Schulaufsicht von vornherein die Haltung der Schulleitung.

Rückständiges Führungsverständnis

Auch bei Bewährungen von Schulleitungen am Ende der zweijährigen Probezeit halten die Schulaufsichten es bisher offenbar nicht für notwendig, sich ein belastbares Bild von der Wahrnehmung der Beschäftigten an den Schulen zu machen. Bei Schwierigkeiten und Konflikte werden diese systematisch den Kolleg:innen in die Schuhe geschoben. Immer wieder haben wir im Personalrat die Begründung gehört, die Schulleitung werde abgelehnt, weil sie notwendige, unbequeme Reformen anstoße. Dieses alberne Argument zeugt von einem rückständigen Führungsverständnis. Zu guter Menschenführung gehört es auch, Überzeugungsarbeit zu leisten und möglichst viele mitzunehmen. Wenn man das nicht kann, ist man für eine Leitungsposition ungeeignet.

Schulaufsicht – kann das weg?

Wir wollten im Personalrat irgendwann genauer wissen, was die Schulaufsicht macht und haben 2019 offiziell nach einer Aufgabenbeschreibung gefragt. Die erstaunliche Antwort lautete, es gäbe keine. Man wollte uns aber einen Geschäftsverteilungsplan zukommen lassen – darauf warten wir bis heute. Es bleibt also das Geheimnis der Behörde, wozu die Schulaufsicht gut ist.

Und wo ich grade dabei bin: Wofür brauchen wir eigentlich das neugegründete Schulamt, dessen Leitung, noch über der

Schulaufsicht, immerhin eine B-Besoldung bekommt? Ich weiß es jedenfalls nicht und mir stellt sich die Frage: Kann das nicht weg?

Ihrem Namen gerecht werden

Ich würde mir ein neues Selbstverständnis von Schulaufsicht wünschen, bei dem partnerschaftlich mit allen in den Schulen kommuniziert wird. Das muss von der Behördenleitung initiiert werden. Sie ist es nämlich, die die Verantwortung für das System und die Haltung der Schulaufsichten trägt. Die einzelnen Protagonisten tun im Wesentlichen, was von ihnen erwartet wird. Und wie gesagt, einige wenige, die ich aber locker an einer Hand abzählen kann, machen aus meiner Sicht ihre Sache, soweit es das System zulässt, wirklich gut. ■



Angelika Hanauer, Lehrerin und Personalrätin



Ambedkar kämpft und Gandhi fastet

Zur Kontroverse über die Unberührbaren
in der indischen Nationenbildung

Von Werner Pfau

Gandhi wollte das Kastensystem 'reformieren'. Dr. Bimrhao Ambedkar forderte dessen Abschaffung. Der eine ist im Westen postum zum Popstar avanciert, spätestens seit er mit Attenboroughs Verfilmung seiner Biografie ins Pantheon der Kulturindustrie eingegangen ist. Der andere hat, wie die Publizistin Arundhati Roy schrieb, nicht einmal eine Nebenrolle darin bekommen, obwohl sein Name in Indien prominent mit der Emanzipation der Unberührbaren verknüpft ist.

Emanzipation der Dalits

Ambedkar hatte, 1891 geboren, das britische Bildungssystem durchlaufen, wurde Jurist und Politiker in der Zeit des indischen Unabhängigkeitskampfes. In orangene Gewänder hüllte er sich nicht, er zog Anzug und Krawatte vor, Embleme westlicher Bürgerlichkeit. Den Weg zum Studium hatte ihm das Mitglied einer höheren Kaste geebnet, gewissermaßen durch Adoption. Denn mit seinem Dalit-Namen wäre ihm, dem Kind einer Familie von Unberührbaren, solcher Aufstieg

verwehrt gewesen. Zunächst als Kopf der sozialistischen Partei, später mit einer eigenen Bewegung der Unberührbaren und als Justizminister sowie Mitautor der Verfassung kämpfte er in den Dreißiger und Vierziger Jahren dafür, dass der Aufbau einer indischen Nation auch mit der sozialen und politischen Emanzipation der Dalits einher ginge.

Entstehung des Hindu-Nationalismus

Das war keineswegs selbstverständlich: Der indische Nationalkongress, das einflussreiche politische Sammelbecken, berief sich auf ein angeblich Jahrtausende altes, historisch homogenes Erbe des Hinduismus, auf dem sich die künftige Nation erheben würde. Die Führungsschicht des Kongresses entstammte natürlich höheren Kasten. Derselbe Mythos, der ihren sozialen Herrschaftsanspruch repräsentierte, sollte zum nationalen Einigungspunkt fixiert werden. Kritisch merkt der britische Historiker Perry Anderson dazu an, dass es in der Vergangenheit des Subkontinents eine Unzahl von wechselnden Herrschaftsformen,

*„Gandhiji, ich habe kein Vaterland.
Kein Unberührbarer mit Selbstachtung
wird stolz auf dieses Land sein.“*

Dr. Bimrhao Ambedkar

Personenverbänden, Stammesgesellschaften mit unterschiedlichsten kulturellen Einfärbungen gab, hinduistischen wie auch buddhistischen, islamischen sowie unterdrückten Naturreligionen. Zwischen ihnen gab es größte Differenzen. Ein einigendes Band des Hinduismus existierte nur in der Fantasie national gesinnter intellektueller Hindus, und es gründete sich auf eine entsprechend 'selektive Repräsentation' (Anderson) der Historie. Wie bei allen nationalen Erzählungen eines reinen und homogenen Ursprungs ist – nach dem Vorbild europäischer Romantik - der ideologische Wille am Werk, dem eigenen Führungsanspruch unhintergebar historische Weihen zu geben. Auch Gandhi war sich dafür nicht zu schade: „Indien wurde von der Natur als ungeteiltes Land geschaffen...Wir Inder sind eins, wie keine zwei Engländer es sind.“ Konstituiert der Hinduismus nun die nationale Identität, gehört dann das davon schwer trennbare Kastenwesen nicht ebenfalls zum ehrenvollen Traditionsbestand?

Terror der Unreinheit

Die den Dalits zugeschriebene und damit an ihnen auch exekutierte 'Unreinheit' prägte ihren Alltag über Jahrhunderte. Ihr sozialer Raum war durch Bettelei, Straßenmusik, Tagelöhnerei und andere marginalisierte Tätigkeiten bestimmt. Wo sie dadurch unvermeidlich in Berührung mit Hindus höherer Kasten kamen, galt zugleich strikteste Trennung in allen Lebensvollzügen, die religiös aufgeladen waren, also so gut wie allen. In manchen Gegenden mussten Dalits Besen und Kehrblech mit sich führen und beständig hinter sich kehren, da schon ihre bloße Anwesenheit eine spirituelle Beschmutzung für Höherstehende bedeuten konnte. Verstießen sie gegen die Vielzahl der sie beschränkenden Regeln, durften ihnen gezeigt werden, wo ihr Platz ist. Verbale und physische Demütigung war alltäglich, rechtfertigen ließ sie sich mit dem Verweis auf die hinduistische Lehre von Karma und Wiedergeburt. Dalit-Frauen waren Freiwild für Vergewaltiger – von der temporären Verunreinigung befreite sich mancher Täter später durch eine fromme Opfergabe im Tempel.

Gleichstellung und Ausgrenzung

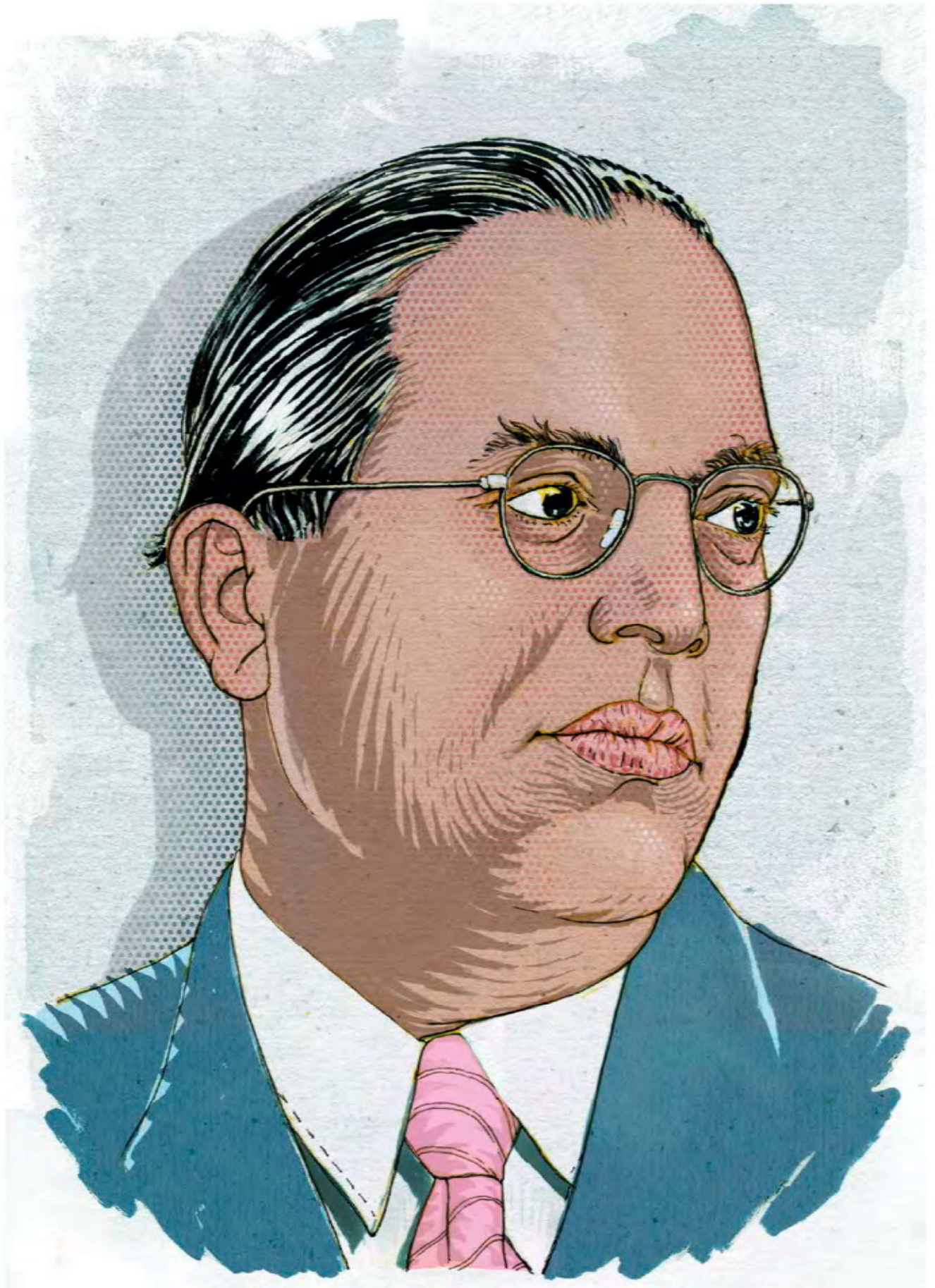
Mit dem Eintritt der indischen Unabhängigkeit 1947 und gemäß der neuen Verfassung waren Dalits nunmehr rechtlich gleichgestellt. Wie alle deprivierten Minderheiten mussten sie erfahren, dass mit dem Erwerb staatsbürgerlicher Rechte

noch keineswegs die Verfügung über jene ökonomischen Mittel gegeben war, die zur sozialen Mobilität nach oben nötig waren. Zu überwinden galt es auch das Bewusstsein der eigenen Minderwertigkeit, mit dem man sozialisiert, das einem immer wieder eingebleut worden war. Vor allem aber: Das Bewusstsein der hinduistischen Mehrheitsgesellschaft war noch kaum reformiert, im Gegenteil wurden Dalits, denen tatsächlich der Aufstieg gelang, nicht selten als ungerechtfertigte Emporkömmlinge wahrgenommen. In Hassverbrechen stellte man die religiös verbriefte eigene Superiorität wieder her. Arundhati Roy berichtet vom Fall einer Dalit-Frau namens Sureka Bhotmange, die mutig genug war, Land in einem Dorf zu kaufen, das einer 'höheren' Kaste angehörte. Man machte ihr das Leben schwer, schmetterte ihre Versuche ab, Anschluss ans Elektrizitätsnetz oder Wasserzugang zu bekommen. Gerade weil sie sich nicht einschüchtern ließ und Beschwerden bei der Polizei lancierte, stieg der Zorn des Dorfes ins Unermessliche: Es endete damit, dass die beiden Söhne verstümmelt wurden und danach bei der Vergewaltigung und Ermordung ihrer Mutter zusehen mussten, bis sie selbst schließlich von ihren Martern durch den Tod 'erlöst' wurden. Das war 2006. Obwohl mittlerweile etliche Dalits den Anschluss an die Mittelschichten fanden und auch parlamentarisch repräsentiert sind, ist ihre sozioökonomische Position nach wie vor rückständig und die Erfahrung der Diskriminierung virulent. Bhotmange hatte in ihrem verwaisten Haus ein Photo ihres Vorbildes hängen: Ambedkar.

Hoffnungen auf Gandhi

Die Bewegung der Dalits und ihr bekanntester Protagonist hatten in den Dreißigern zunächst Hoffnungen auf Mahatma Gandhi gesetzt, der zwar politisch dem Kongress nahe stand, zugleich aber so etwas wie eine spirituelle Sonderstellung ohne offizielles Amt beanspruchte. Nicht als Exponent politischer Alltagskämpfe, eher als Guru wollte er wahrgenommen werden. Ihm schwebte ein reformierter Hinduismus vor, der, schon aufgrund seiner buntscheckig polytheistischen Ausrichtung, durchaus zur Toleranz gegenüber der muslimischen Bevölkerungsgruppe und den vielen anderen religiösen oder ethnischen Minderheiten fähig sei. Gandhi sprach sich gegen die Stigmatisierung der traditionell als unrein geltenden Dalits aus, etwa, indem er öffentlich das Mahl mit ihnen einnahm, was in den Augen konservativer Hindus eine Provokation darstellte und ihn zum *enfant terrible* machte. Die Honoratioren





Ambedkar goes Pop-Art. Diese Grafik wurde eigens für das bildungsmagaz!n erstellt. (Illustration: Martin Krämer, Freiburg)

des Nationalkongresses wussten andererseits, was sie an dem Charismatiker hatten, schließlich konnte er wie kein anderer durch sein Gespür für politische Symbolik die Massen erreichen.

Enttäuschte Hoffnung

Der von Ambedkar erhobenen Forderung nach Abschaffung der Kasten verweigerte sich der Mahatma jedoch: Das Kastenwesen galt ihm als erhaltenswert, sofern man es von Diskriminierung befreite. Den Widerspruch, ein System religiös begründeter essentieller Ungleichheit demokratisieren zu wollen, versuchte er zu überbrücken, indem er die Hierarchie zwischen den Kasten zu einem Kontinuum unterschiedlicher, doch gleich wertvoller Dienste an der Gemeinschaft verklärte. Idealerweise würden Dalits weiterhin niedere Tätigkeiten vollführen, dabei indessen genauso viel Ansehen genießen wie Angehörige höherer Kasten, die mit dem schweren Karma der ökonomischen und politischen Leitung betraut waren. Augenscheinlich versprach er sich von einem solchen ständestaatlichen Modell den Schutz von Gemeinschaftlichkeit vor den zerstörerischen Kräften des freien Marktes und 'ungezügelter' Freiheit.

Kritik durch die Bewegung der Dalits

Ambedkar jedenfalls realisierte die Inkonsequenz von Gandhis Haltung und so kam es zur Konfrontation. „Die Frage, ob der Kongress für Freiheit kämpft, bedeutet wenig gegenüber der Frage, für wessen Freiheit er kämpft“, lautet eine seiner prägnanten Äußerungen. Zur Befreiung gehörte der kulturelle Bruch mit der Tradition. An Gandhi appellierte er: „Du musst den Hindus sagen, dass mit einer Religion, die das Kastenwesen heilig spricht, etwas nicht stimmt“. Dieser äußerte bei verschiedenen Gelegenheiten seine Missbilligung für Ambedkars Standpunkt, einmal soll er, wie Gurus das so tun, aus Protest in eine Art von religiöses Fasten verfallen sein, was der Bevölkerung signalisierte: Der Dalit-Politiker hat den Meister verletzt. So wirkte Gandhi, obgleich das nicht sein Motiv gewesen sein dürfte, öffentlich gegen die Sache der Dalits und zugunsten der Hindu-Eliten.

Erfolg und Resignation

Während der Dreißiger Jahre hatte Ambedkar die Strategie verfolgt, mit den Organisationen anderer Minderheiten, vor allem der Muslim Liga, ein Gegengewicht zur Übermacht der Kongresspartei zu bilden. Als jedoch die muslimische Seite Kurs auf eine eigene Staatsgründung nimmt, erkennt er, dass die Dalits nach der erfolgten Separation Pakistans wieder isoliert sein werden. Seine Versuche, sich an die europäischen Mächte zu wenden und um Unterstützung zu bitten, bringen zumindest etwas Rückenwind. Die Verfassung mit ihrer formalen Rechtsgleichheit sieht er, illusionslos, nur als Teilerfolg, solange das Kastenwesen in der Gesellschaft geistig verwurzelt bleibt. Schwankend in seinem Verständnis von Sozialismus zwischen Marx und dem Buddhismus, entscheidet er sich für letzteren

und tritt öffentlich zu ihm über, 1956, im Jahr seines Todes. Hunderttausende Dalits folgen ihm nach und bewirken so die größte Massenkonversion der jüngeren Geschichte.

Kultur und politische Legitimation

Entgegen dem bisweilen unter postkolonialer Fahne hochgehaltenen Dogma, dass es im kolonialen Befreiungskampf wesentlich um den Gegensatz autochthoner Kulturen zum Westen gegangen sei, zeigt auch das Beispiel Ambedkars den durchgängig transkulturellen Charakter der Entkolonialisierung, besser gesagt, die Verschmelzung von politischen Interessen mit den verschiedensten kulturellen Deutungsangeboten, gleichgültig gegen deren geografische Herkunft. Gandhis reformierter Hinduismus stieg ebensowenig aus den Tiefen Jahrhunderte alter vedischer Schriften wie Ambedkars buddhistische Wendung allein aus der Lektüre des Erleuchteten. Das Papier, auf dem religiöse Texte gedruckt sind, ist ohnehin geduldig. Beide verbinden europäische Ideen von Nation und Rechtsstaatlichkeit mit indischen Traditionen.

Neue Formen der Geschichtsfälschung

Was Ambedkar nicht mehr erleben musste, ist ein Trend innerhalb der Postcolonial Studies, das Kastenwesen zu einer Konstruktion der britischen Kolonialmacht zu erklären. Es geht zurück auf die verzerrende Interpretation der Arbeiten des Historikers Bernard Cohn, der erforscht hat, wie das Bild Indiens bei der britischen Kolonialmacht entstanden ist. Im Zuge der bürokratischen Erfassung des Landes, etwa zur Einteilung der Bevölkerung in Steuerklassen, hat man sich immer wieder auf die Beratung durch gelehrte Brahmanen der obersten Kaste verlassen, damit aber auch deren Perspektive auf die indische Gesellschaft übernommen, obwohl diese in Wirklichkeit komplizierter und vielgestaltiger war, als es brahmanische Engstirnigkeit wahrhaben wollte. Mag diese These einiges für sich haben, so erlaubt sie noch lange nicht die Umkehrung, ein Kastenwesen und die damit verbundenen Hierarchien habe es nie gegeben, da die Vergangenheit auf dem Subkontinent ach so 'divers' war. Dagegen polemisiert die Historikerin Ananya Chakravarti und erwähnt Quellen, die teilweise Jahrhunderte alt sind: „In meiner Forschung treffe ich überall auf Beweise, dass Kaste das organisierende Prinzip des sozialen Lebens war.“ Sie verweist auf ihre eigene Herkunft aus einer höheren Schicht und kritisiert, die vermeintlich fortschrittlichen Postkolonialen würden durch die historische Weißwaschung der vorkolonialen Verhältnisse dem rechten Hindutva-Nationalismus der Modi-Regierung in die Hände spielen: „Indem wir die Schuld auf den Kolonialismus schieben, sprechen wir uns von unserer eigenen Komplizenschaft mit dem Kastensystem frei, selbst wenn wir weiterhin davon profitieren.“ Dies, könnte man hinzufügen, reproduziert in gewisser Weise den Fehler Gandhis und damit auch dessen Verrat an der Emanzipation der Dalits. Mißachtet wird erneut, unter progressivem Anstrich, Ambedkars Erbe.

Keine weiteren Waffen in die Ukraine!

Verlängerung und Intensivierung des Krieges droht

Von Kai Reimers

Gleich vorweg: Ich verweigere mich der Anmaßung, Putin, dem Ukrainekrieg und der militärischen Aufrüstung alle anderen positiven gesellschaftspolitischen Ziele vom Pariser Klimaabkommen bis zur UN-Agenda 2030 zu opfern. Dabei ist mir sehr wohl bewusst, dass Russland am 24. Februar in brutaler Weise die Ukraine überfallen und damit die nationale Souveränität der Ukraine, das Völkerrecht und das Gewaltverbot der UN-Charta gebrochen hat. Nur: Schon bei der Bombardierung Belgrads 1999 wie auch bei der Invasion in den Irak 2003 zeigte sich, dass die UN-Charta, das Völkerrecht, kaum mehr das Papier wert ist. Stattdessen gilt das Recht des Stärkeren und das Recht zur Selbstlegitimation von militärischen Interventionen: Hauptsache, das eigene völkerrechtswidrige Handeln kann in Talkshows dem heimischen Fernsehpublikum gegenüber gerechtfertigt werden.

Stellvertreterkrieg

Jetzt wird in allen Talkshows und von nahezu allen Parteien die Unterstützung der Ukraine mit schweren Waffen gefordert, um den russischen Aggressor zu stoppen. Um aber als Gewerkschaft die richtige Position zu diesem Krieg in der Ukraine einzunehmen, ist es vor allem wichtig zu sehen, was gerade tatsächlich in der Ukraine passiert. Wir sehen nach dem Syrienkrieg jetzt in der Ukraine einen weiteren Stellvertreterkrieg zwischen den USA und ihren NATO-Verbündeten einerseits und Russland und seinen Verbündeten (darunter potentiell auch China und Iran) andererseits.

Nato-Osterweiterung

Die Ukraine liegt geostrategisch im Einflussbereich dreier kapitalistischer Großmächte, der EU, Russlands und der USA, die um wirtschaftliche und politische Beziehungen zur Ukraine streiten. Die NATO-Osterweiterung geht insbesondere auf das Drängen der USA zurück, die zwischen Russland und

„Russland hat sich wie auch die Ukraine nach dem Zerfall der Sowjetunion zu einer Präsidialdemokratie unter dem mächtigen Einfluss neukapitalistischer Oligarchen entwickelt.“

der EU einen „Cordon sanitaire“ aus Staaten mit bevorzugten politischen Beziehungen zu den USA gründen wollten. Im Gegensatz zum „alten Europa“, d.h. den aus US-Sicht unsicheren NATO-Verbündeten Frankreich und Deutschland (die z. B. den Irakkrieg nur begrenzt unterstützten) sollte aus den neuen NATO-Verbündeten, den baltischen Staaten, Polen und der Ukraine ein „neues Europa“ entstehen (O-Ton US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld) mit besonders engen Beziehungen zu den USA, mit traditionell ablehnender Haltung gegenüber Russland und mit geringerer Bindung an die EU („Fuck the EU!“; O-Ton US-Europaberaterin Victoria Nuland).

NATO-Partnerland

Dementsprechend haben sich die USA auch über die Weigerung Deutschlands und Frankreichs, die Ukraine als Mitglied in die NATO aufzunehmen, faktisch hinweggesetzt und die Ukraine als NATO-Partnerland zu einer der größten Armeen Europas aufgebaut und in die militärischen Großmanöver und Verteidigungsstrukturen der NATO miteinbezogen.

Mit „robuster Diplomatie“

Russland hat sich wie auch die Ukraine nach dem Zerfall der Sowjetunion zu einer Präsidialdemokratie unter dem mächtigen Einfluss neukapitalistischer Oligarchen entwickelt. Gleichzeitig erneuert Russland unter Putin seine Stellung als

„Dieser Krieg hätte in der Eskalation seit 2014 befriedet werden müssen; halbherzige Versuche dazu gab es mit den Minsker Abkommen 1 und 2, die aber hinterher von allen Parteien unterlaufen wurden.“

Großmacht und setzt seine Interessen in diversen internationalen Konflikten (Tschetschenien, Georgien, Ukraine, Syrien) mit militärischen Mitteln oder „robuster Diplomatie“ durch. Im Februar 2022 entscheidet sich die russische Führung, den regional begrenzten Krieg in der Ostukraine durch eine Invasion auf die gesamte Ukraine auszudehnen, mutmaßlich um einen Regime-change in Kiew durchzusetzen bzw. um die Ukraine territorial zu spalten. Nach zwei Monaten Kriegsgeschehen verfügt keine der Seiten über die Mittel, den Gegner zur Kapitulation bzw. zum Rückzug zu zwingen, d.h. der Krieg kann nach Ende des Bewegungskrieges in den nächsten Wochen als Stellungskrieg noch über Jahre fortgeführt werden, sofern beide Seiten ausreichend Soldaten und Waffen nachschieben.

Hungersnot droht

Die Folgen, die eine Fortführung des Krieges in der Ukraine aber haben wird, sind dramatisch und gehen weit über die Ukraine hinaus: Global droht in den Ländern des Südens, insbesondere in vielen Staaten Afrikas, schon in den kommenden Monaten durch das Fehlen der Weizenlieferungen aus Russland und der Ukraine eine dramatische Hungersnot, die eine schwer zu schätzende Zahl von weiteren Flüchtlingen verursachen wird. Darüber hinaus droht, global gesehen, eine zunehmende globale Blockbildung zwischen den USA und den verbündeten NATO-Staaten einerseits und den als „autokratisch“ bezeichneten Großmächten China, Russland und Iran andererseits, die sämtliche fortschrittlichen Entwicklungsziele der UNO, die in der Agenda 2030 für alle Staaten der Welt vereinbart wurden, sowie alle Klimaziele des Übereinkommens von Paris obsolet machen würde und die Menschheit direkt in den Abgrund eines großen zivilisatorischen und ökologischen Crashes schauen lässt.

Um (fast) jeden Preis

Darum muss der Krieg in der Ukraine, das Leiden und Sterben von Soldaten* und Zivilbevölkerung, die Zerstörung der Städte und Dörfer, unbedingt um (fast) jeden Preis gestoppt werden. Die völkerrechtlichen Forderungen der ukrainischen Regie-

rung sind mit Sicherheit genauso berechtigt wie die anderer Opfer von militärischen Interventionen auch: Afghanistan, Irak, Jemen, Libyen und Syrien. Nur: Erfüllt werden diese Ansprüche am Ende des Krieges bei Waffenstillstand und Friedensschluss im Regelfall nicht, nur die Einflusszonen der Großmächte werden dort am Verhandlungstisch neu austariert. Für kleinere Staaten, die im Überschneidungsfeld divergierender Großmachtinteressen liegen, gibt es keinen wirksamen Schutz der nationalen Souveränität. Das sollte wissen, wer sich jetzt für Waffenlieferungen an die Ukraine und damit für eine Verlängerung und Intensivierung dieses Krieges zwischen den Großmächten Russland und USA einsetzt.

Schwer ertragbare Kompromisse

Dieser Krieg hätte in der Eskalation seit 2014 befriedet werden müssen; halbherzige Versuche dazu gab es mit den Minsker Abkommen 1 und 2, die aber hinterher von allen Parteien unterlaufen wurden. Auch jetzt besteht nach wie vor die Möglichkeit, im Rahmen der Kriegsdiplomatie diesen Krieg um den Preis schwer ertragbarer Kompromisse zu beenden. Aber es gibt dazu keine Alternative außer dem direkten Weg in den zivilisatorischen und ökologischen Crash noch im 21. Jahrhundert. Darum gilt heute, was schon Bertha von Suttner wusste: Die Waffen nieder! Keine weiteren Waffen für diesen Krieg! ■

* Das Gendersternchen bei Soldaten* weist darauf hin, dass es natürlich unter den Streitkräften auch weibliches Personal gibt. Auf den korrekt gegenderten Begriff Soldat*innen habe ich aber im Kontext sexualisierter Gewalt von Soldaten gegen Frauen im Krieg verzichtet.



Kai Reimers, Lehrer

Richtungsweisend

Das neue Rahmenkonzept Schulsozialarbeit in Bremen

Von *Martina Broschk* und *Ines Lemmer*



Schulsozialarbeiter:innen helfen die Bildungsqualität zu sichern.

Das Rahmenkonzept Schulsozialarbeit wurde im März 2021 fertiggestellt und liegt den Bremer Schulen seit Dezember 2021 digital und seit Mitte März 2022 auch in gedruckter Form vor. Die Verbreitung des Konzeptes an den Bremer Schulen hat bisher nur unzureichend stattgefunden. Wenn die Schulsozialarbeit ein verbindlicher Bestandteil an Bremer Schulen sein soll, ist es notwendig, das Rahmenkonzept als Arbeitsgrundlage erheblich stärker sichtbar zu machen und damit die Rolle der Schulsozialarbeit als Teil multiprofessioneller Schulteams in der Strukturlandschaft der Schulen in Bremen zu festigen.

Hochwertiges Orientierungsinstrument

Mit der Erarbeitung des vorliegenden Rahmenkonzeptes wurde ein qualitativ hochwertiges, vielseitiges und professionelles Orientierungsinstrument geschaffen, an der die

Schulsozialarbeit in Bremen weiterentwickelt werden kann. Die Entstehung der Schulsozialarbeit in Bremen ist ein jahrzehntelanger Entwicklungsprozess. Die Anstellungsverhältnisse, die Arbeitsbedingungen, die Ausstattung, sowie die Inhalte der Arbeit haben sich stetig den gesellschaftspolitischen Veränderungen angepasst. Die Schulsozialarbeit hat sich mit Einführung der Inklusion 2011 zunehmend vernetzt. Es entstanden Strukturen wie regelmäßige Fachtage, regionale Arbeitskreise und auf politischer Ebene seit 2013 die Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Schulsozialarbeit, um einheitliche und verbindliche Qualitätsstandards zu entwickeln. Und dies ist dringend geboten. Es zeigt sich, dass es schon allein bei der Arbeitsplatzausstattung unterschiedliche Modelle an den Schulen gibt. Was u.a. davon abhängt, welchen Stellenwert die Schulsozialarbeit an der Schule genießt.

Vielschichtige Arbeitsbereiche

Das vorliegende Konzept ist nach einer Auftaktveranstaltung aller in Schulsozialarbeit Beschäftigten entwickelt worden. Es wurde in einem Arbeitsprozess verschiedener stadtbremischer Akteur:innen erarbeitet. Neben der Bildungsbehörde (SKB) waren Schulleitungen, Vertreter:innen der Schulsozialarbeit, der Hochschule, des Personalrats und der Bildungsbehörde, der LAG, dem LIS, dem ReBUZ und dem Schulamt beteiligt. Abschließend wurde das Konzept unter der Leitung der damaligen Senatorin Claudian Bogedan in einem kleinen redaktionellen Expert:innenteam im März 2021 fertiggestellt. Die 2018 angekündigte Rückkopplung mit den Kolleg:innen wurde leider nicht, wie ursprünglich angedacht, in den Prozess eingebunden. Wir freuen uns darüber, dass dies nun im Rahmen einer Vollversammlung nachgeholt wird. Die Arbeitsbereiche der Schulsozialarbeit sind vielschichtig und unterliegen fortlaufenden Änderungsprozessen, um den sich schnell wandelnden Gesellschaftsentwicklungen zu begegnen.

Persönlichkeitsentwicklung im Zentrum

Im Vordergrund der Aufgaben steht die Förderung der in-



Intensive Betreuung ist ein wichtiges Instrument. (Fotos: GEW)

dividuellen, sozialen, schulischen und beruflichen Persönlichkeitsentwicklung der Schüler:innen. Zentrale Bestandteile bei der täglichen Arbeit sind Beratung und Unterstützung von Schüler:innen unter Berücksichtigung ihrer individuellen Lebensumstände. Schulsozialarbeiter:innen führen Gespräche, koordinieren Projekte und AGs, begleiten bei Übergängen, pflegen die Elternarbeit, schaffen Vertraulichkeit und Angebote zur Konfliktbewältigung, unterstützen bei der Berufsorientierung. Sie arbeiten an Schule kooperativ mit Lehrkräften, Schulleitungen und anderen am Bildungs- und Entwicklungsprozess beteiligten Kooperationspartner:innen zusammen.

Praktische Umsetzung noch offen

Schulsozialarbeit arbeitet ressourcenorientiert, fördert Prozesse von Partizipation und stärkt die Diversität in Schule. Kurz gesagt: Die Schulsozialarbeit ist eine tragende pädagogische Säule des Schullebens! Inhaltlich stellt das Rahmenkonzept eine Situationsanalyse dar. Es bildet die Ziele und Aufträge der Schulsozialarbeit in Bremen ab und verdeutlicht die Prinzipien und Maßnahmen der praktischen Arbeit. Darüber hinaus klärt es über die rechtlichen Grundlagen auf und zeigt auf, welche Strukturen erforderlich sind, um eine professionelle Qualitätsentwicklung zu gewährleisten. Es bleibt zu klären, wie die praktische Umsetzung der Konzeptinhalte aussehen soll. Wie soll die Qualitätsentwicklung der Schulsozialarbeit in Bremen implementiert werden und in welchem Rahmen werden die Kolleg:innen an dem weiteren Entwicklungsprozess des Konzeptes mit einbezogen?

Stärkere Professionalisierung nötig

Ein wesentlicher Arbeitsschwerpunkt der Schulsozialarbeit ist die kollegiale Vernetzung. Hierfür wurde eine Vollzeit-Koordinationsstelle bei SKB mit dem Start der Inklusion geschaffen. Diese Stelle wird seit einigen Jahren lediglich zur Hälfte besetzt. Gleichzeitig wurden neue, notwendige

Schulsozialarbeiter:innen Stellen geschaffen, doch ohne eine ausreichende Koordination als zentrale Anlaufstelle in der Bildungsbehörde geht die wichtige Vernetzungsstruktur verloren. Eine Wiederbesetzung dieser vakanten halben Stelle ist daher unabdingbar! Zukünftig erwarten wir eine stärkere Professionalisierung und Verbindlichkeit der Arbeitsstrukturen für die Schulsozialarbeit an den Schulen. Dafür wäre es wichtig, dass das Rahmenkonzept bei Schulleitungsdienstbesprechungen vorzustellen und den Schulen ausreichend Exemplare zur Verfügung zu stellen. Für eine professionelle Qualitätsentwicklung ist eine Trennung zwischen Fachbegleitung und Fachaufsicht notwendig. Eine stärkere fachliche Anbindung an das LIS für die Durchführung von Fort- und Weiterbildungen, Supervision, Fallberatung und Fachtagen sollte eine Selbstverständlichkeit sein. Nicht zuletzt, um bei der Erstellung schuleigener Konzepte zu unterstützen! Nun muss das Rahmenkonzept mit Leben gefüllt werden. Wir sind schon sehr gespannt auf einen lebendigen und kollegialen Austausch. ■



Martina Broschk,
Schulsozialarbeiterin



Ines Lemmer,
Schulsozialarbeiterin

Wie gehen wir mit der Arbeitsverdichtung um?

Diskussion über schulpolitische Positionen am 31. Mai

Auf dem Bremer Gewerkschaftstag im November 2021 wurde beschlossen, die Aktualisierung der schulpolitischen Positionen durch aktive Diskussionen auch über den Landesverband hinaus in die Regionen zu tragen. Gleichzeitig kam es schon auf dem Gewerkschaftstag zu intensiven inhaltlichen Diskussionen, für die die Zeit jedoch zu knapp war. Insbesondere die Arbeitsverdichtung der vergangenen Jahre und die Auswirkungen auf die Arbeitszeit aller Kolleg*innen in den Schulen wurden hervorgehoben. Dieser Diskussionsbedarf soll jetzt aufgegriffen

werden. Deshalb laden wir alle herzlich ein, sich zu beteiligen: Das Motto der Veranstaltung lautet: Schule weiter denken! Am Dienstag, den 31. Mai, von 13 bis 17 Uhr im DGB-Haus Bremen wird sie stattfinden. Nach dem Ankommen und einer heißen Suppe werden die ehemaligen Landesvorstandssprecher:innen Ina von Bötticher und Bernd Winkelmann zum Einstieg ihren Blick auf und ihre Erfahrungen in Schule unter Berücksichtigung der schulpolitischen Positionen diskutieren.

Anmeldung dazu bitte bis zum 24. Mai an info@gew-hb.de ■

Seminar der FG Inklusion am 10./11. Juni

Von *Ole Stratmann* und *Corinna Genzmer*

Am 10. und 11. Juni lädt die FG Inklusion zu ihrem Fachgruppenseminar nach Bad Zwischenahn ein, um mit Euch in Klausur zu aktuellen Themen der inklusiven Schulentwicklung zu gehen. Das Seminar beginnt am Freitag ab 14:30 Uhr mit Kaffee und Kuchen. Dann stellt Prof. Dr. Natascha Korff den Entwicklungsplan Inklusion 2.0 vor. Bei der Diskussion darüber ist es uns sehr wichtig, dass ihr eure Perspektiven aus dem Schul- bzw. Berufs-

alltag einbringt, um Forderungen und Gelingensbedingungen für inklusive Schulentwicklungsprozesse ableiten zu können. Am Samstag werden wir uns dem Thema der gemeinsamen Förderplanung in multiprofessionellen Teams widmen. Hier stellen wir euch ein digitalisiertes Format zur kollaborativen Förderplanung vor. Abschließend nehmen wir uns Zeit, um zukünftige Themen und Arbeitsfelder der inklusiven Schulentwicklung zu bestimmen. Nach dem Mittagessen endet das Seminar um 13 Uhr.

<https://www.gew-hb.de/veranstaltungen> ■

Krankmachendes minimieren

Arbeitsgruppe Arbeits- und Gesundheitsschutz gestartet

Von *Ingo Lenz*

Ende März trafen sich erstmals Interessierte für die neue GEW Arbeitsgruppe Arbeits- und Gesundheitsschutz in Bildungseinrichtungen. Die Einhaltung und Weiterentwicklung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes ist eine wichtige gewerkschaftliche Aufgabe. Es geht um gute Arbeitsbedingungen, um die Minimierung krankmachender Belastungen. Daher ist es aus unserer Sicht angezeigt, sich mit diesen Themen näher zu beschäftigen. Als Schwerpunkte zukünftiger Aktivitäten wurden unter anderem herausgearbeitet:

- Die Erstellung prägnanter und handlungsorientierter Broschüren, wie zum Beispiel über Lärm und Akustik oder der Entgrenzung von Arbeitszeiten. Somit soll dem zumeist individualisierten Umgang mit gesundheitsgefährdenden Arbeitsbedingungen die Aufklärung über Rechte und Normen des Gesundheitsschutzes entgegengesetzt werden.
- Die Konkretisierung gewerkschaftlicher Forderungen nach der Einhaltung gesetzlicher Vorschriften des Arbeits- und Gesundheitsschutzes ist ein weiteres Thema. Hier spielen insbesondere die inhaltliche und strukturelle Etablierung kontinuierlicher Verfahren zur Gefährdungsbeurteilung (insbesondere psychischer Belastungen) für jede Bildungseinrichtung eine zentrale Rolle.
- Perspektivisch ist die Durchführung eines Fachtages zum Thema angedacht. Wie das Beispiel der Hamburger GEW zeigt, kann dieser dazu beitragen, das Thema des Arbeits- und Gesundheitsschutzes zu etablieren.

Diese Projekte sollen möglichst in Abstimmung mit dem Personalrat entwickelt und umgesetzt werden.

Alle Interessierte sind herzlich eingeladen zum nächsten AG-Treffen am Dienstag 14. Juni von 16 bis 18 Uhr im Sitzungsraum der GEW-Geschäftsstelle. ■

Leserbrief



Eine höchst elitäre Veranstaltung

**Leserbrief von Thomas Weinknecht
zum Artikel „Sim Salem Bim“ von Wilfried Meyer
(bildungsmagaz!n Nr. 2 /2022)**

Soweit nach Süden, wie der Kollege Wilfried Meyer, bis an den Bodensee, muss man gar nicht gucken, wenn man eine teure Eliteschule sucht, die oft als LEH auch Schwesterschule Salems genannt wird: Louisenlund, ein malerisches Schloss als Zentrum der Schulgebäude mit Internat an der Schlei zwischen Schleswig und Eckernförde gelegen. Einigen Äußerungen nach ist diese die "Kaderschmiede der Freien Hansestadt Hamburg"... oder wie der aktuelle Leiter, Dr. R. stolz auf YouTube verkündet: „vielleicht die schönste Schule Deutschlands". Dort war ich fast sechs Jahre Schüler, nur unter Jungen. Die Koedukation wurde erst in den 70ern eingeführt. (Vorfälle wie in der Odenwaldschule habe ich jedoch nicht erlebt und sind mir auch nicht zu Ohren gekommen, wofür ich noch heute dankbar bin.)

Was soll ich zu einer Jugend dort in den 60ern schreiben? Dass die vielfältigen Sportangebote toll waren und ich begeistert in zahlreichen Schulmannschaften mitmachte? Dass es andererseits viele Verbote gab, ob es Zigaretten, Alkohol, Radiohören oder andere Genüsse betraf? Dass man eine Schuluniform (Schulpullover) zu tragen hatte und sich mit seiner Freundin nur heimlich im Wald treffen konnte? Der Kontakt zum anderen Geschlecht, zumal aus den umliegenden Dörfern, wurde nur sehr ungerne gesehen. Die der Internats-Klientel

angemessenen Treffen mit Mädchen gab es in einer Kieler Tanzstunde, zu der wir unter Aufsicht im Bus gekarrt wurden. Natürlich wurde da auch ordentlich in kleinen Klassen gelernt und das Abitur wurde von externen Prüfern abgenommen...

Vieles hat sich dort geändert im Laufe der Jahre, ist internationaler, digitaler etc. geworden, nur eines nicht: Es bleibt eine höchst elitäre Veranstaltung für den Nachwuchs der wirtschaftlichen Eliten, garniert mit einigen Exemplaren aus dem (Hoch-) Adel, Diplomaten- Sprösslingen und einigen Stipendiaten wie mir, der immer auch ein Minderwertigkeitsgefühl hatte, obwohl ich doch dem Bildungs-Bürgertum entstamme... Das ging bei der Kleidung los, über die PKWs der Eltern und den Urlauben, die ich im Zelt, die meisten anderen in angesagten Hotels verbrachten.

Die Schüler- und Studentenbewegung der 68er Jahre hat mir damals zum Glück die Augen geöffnet und „Arbeit und Leben“ hat mir zu einer Perspektive im Bildungsbereich verholfen. Ich habe mich dann konsequent dafür entschieden, in einer Schule für alle, der GSW, zu arbeiten und das für über 36 Jahre. Das war sicher die passende Antwort auf sechs Jahre "Elitenbildung".

Anzeige

Arme Stadtteile stärken – Bildungsbenachteiligung bekämpfen

Nicole Gohlke (Bundestagsabgeordnete) und Miriam Strunge (Bürgerschaftsabgeordnete) diskutieren mit Bremer Schulleitungen aus Huchting und Osterholz-Tenever am

Donnerstag, 19. Mai, ab 19 Uhr online auf Zoom (ID: 825 2728 3067).

Die Veranstaltung wird auch auf www.linksfraktion-bremen.de und unseren Kanälen bei YouTube sowie Facebook übertragen.



Vom Wachhund zum Propheten der Wahrheit

Eine Antwort auf den Text „Vom Zwinger in die Filterblase“
(Werner Pfau, bildungsmagaz!n 02 /22)

Lieber Werner,
einige deiner Aussagen machen mich tatsächlich fassungslos, da sie ein Politikverständnis offenbaren, das ich in meiner Gewerkschaft nicht erwartet hätte. Auf der anderen Seite ist aber vor allem der Aspekt meines letzten Kommentars besonders spannend, auf den du nicht eingehst, da ich hier einen Silberstreif am Horizont zu sehen glaube, der uns eine gemeinsame politische Arbeit wieder ermöglichen könnte. Zunächst gehe ich aber auf den Kreuzzug gegen die Anthroposophie ein, auf dem sich das Bildungsmagazin derzeit zu befinden scheint. Aus welchem Grund ihr ausgerechnet diese eher marginale Gruppe als Feind entdeckt habt, bleibt mir schleierhaft, ist mir aber auch egal, da ich zu keiner dieser Gruppen gehöre. Dennoch muss man schon von einer ausgesprochenen Hybris beseelt sein, wenn man, zumal als Lehrer, allen anthroposophischen Ärzten die Kompetenz zur Beurteilung von Erkrankungen und Impfungen abspricht. Du beziehst dich dabei auf „die Koryphäen“ der Virologie und deren uneingeschränkte Deutungshoheit. Wissenschaftlicher Diskurs scheint obsolet geworden zu sein.

Dieses eindimensionale Politikverständnis zeigt sich ebenfalls in der Bezugnahme auf [correctiv.org](https://www.correctiv.org) und andere Fakten-Checker. Diese neuen, privatwirtschaftlich finanzierten und gesteuerten Bastionen der Deutungshoheit, die suggerieren, es gäbe in derartigen Themenbereichen die eine Wahrheit und die eine Wissenschaft, sind nicht nur unseriös, sondern für die Demokratie auch ausgesprochen gefährlich. Eine Demokratie lebt nicht von konsensualen oder absoluten Wahrheiten, sondern vom kritischen und grundlegenden Diskurs. Wohin ein dogmatisches Politikverständnis führt, wird im Folgenden deutlich. Zum einen kritisierst du die Aussage eines Kinderarztes, welche besagt, dass eine bessere Immunisierung durch eine Erkrankung als durch eine wiederholte Impfung gegeben sei. Diese nennst du sozialdarwinistisch, unterschlägst aber den Umstand, dass sie sich lediglich auf Kinder und Jugendliche bezieht, die kaum ein Risiko haben, schwer an Corona zu erkranken oder „Long COVID“ Symptome auszubilden.¹ Sogar das menschliche Immun-

system wird von dir an dieser Stelle als esoterische Weltsicht dargestellt, obwohl die Funktionsweise dieser körpereigenen Abwehr doch wissenschaftlicher Konsens ist. Oder denkst du der Mensch könne nur durch die Segnungen von Big Pharma gesund, bzw. gar nicht erst krank werden? Für mich ist eine solche Weltsicht abwegig. Die Pharmaindustrie hingegen wird sicher dankbar sein, dass auch Schulen und Lehrer diese Sicht auf die Menschen multiplizieren und so die Gewinne sprudeln lassen.

Als zweiten Punkt kritisierst du, erneut bezugnehmend auf eine Faktencheck-Seite, die Studie aus Harvard. Deine Kritik bezieht sich dabei allerdings nicht auf die Inhalte der Studie, sondern darauf, dass der Autor sich, wahrscheinlich unter öffentlichem und interuniversitärem Druck, von einer „impfkritischen Instrumentalisierung“ distanziert hat. Diese nachträgliche Distanzierung schmälert allerdings nicht in geringster Weise die Evidenz der Studienergebnisse.

Nun möchte ich aber auf den Silberstreif eingehen, der mir Hoffnung macht. Er nährt sich aus dem zentralen Aspekt, auf den du nicht eingegangen bist. Die Kritik also, dass es in Gesellschaft und Schule zu einer offenen und direkten Diskriminierung der Menschen gekommen ist, die sich gegen eine Impfung entschieden haben. Einigen wir uns also darauf, dass die politische, mediale und gesellschaftliche Ausgrenzung und Diskriminierung derjenigen, die eine Impfung ablehnen, ein Fehler war, der unserer Zivilgesellschaft nicht erneut passieren darf, und schauen wir gemeinsam nach vorn, um die Pandemie endlich hinter uns zu lassen.

Mit solidarischen Grüßen Gunnar Weber

¹ Zu Long Covid bei Kindern gibt es bislang, auch aufgrund der geringen Zahl, keine belastbaren Daten, wie wir im aktuellen Ärzteblatt lesen können. Die schweren oder gar tödlichen Fälle einer Corona Erkrankung bei Kindern bitte ich dich selbst im RKI Dashboard nachzuschauen.

Leseempfehlungen



zusammengestellt von Wilfried Meyer



Einige meiner persönlichen Geheimnisse

Mustapha Alouche,
2020, 10 €

(krü) „Ich schreibe über mein Leben und meine Erfahrungen. Es soll den Lesern den Alltag einer Familie in Syrien näherbringen.“ Mustapha Alouche hält in seinem lesenswerten Buch das Versprechen seiner Kurzzusammenfassung. Er arbeitet heute als Schüllassistent an der Oberschule Ohlenhof, aber vor seiner Flucht nach Deutschland vor fünf Jahren war Alouche Journalist. Er will schreiben und sich mitteilen. „Ich möchte meine Zeit nutzen, um etwas zu tun, was nötig und richtig ist.“ Und Alouche hält es für richtig, den Menschen von seiner Heimat zu erzählen, damit sie neue Eindrücke von Syrien bekommen.

Und die bekommt man – direkt und authentisch beschrieben: „Als der Junge in die Schule kommt, wird ein Foto von ihm gemacht. Das erste in seinem Leben, denn Fotos machen nur reiche Leute.“ Das Foto des siebenjährigen Mustapha zierte das Cover seines Buches. Anderes Beispiel: „Als das drittjüngste Kind (Mustaphas Bruder), ein Junge, sich den Ellenbogen

bricht, reibt ihm eine Frau, die sich angeblich auf Medizin versteht, seinen Arm mit Hühnerlei ein und verbindet ihn. Nur mit schweren Krankheiten geht man zum Arzt. Ansonsten trinkt man Tee und hofft, dass man von alleine gesund wird.“

Alouche weiß, was es bedeutet, in einem Land aufzuwachsen, das von einem Diktator regiert wird, der sein eigenes Volk unterdrückt. Sein älterer Bruder, der als Lehrer arbeitete, wurde Geheimdienst verhaftet, weil er sich kritisch über Baschar Hafiz al-Assad geäußert hatte. Insgesamt saß er 15 Jahre in Haft.

Der Autor schreibt über die bittere Armut in einem Land, das von seinen Ressourcen her eigentlich reich sein könnte. Und er gibt persönliche Einblicke in sein Leben, wie seine Beziehung zu Gott, die Adoption seiner Tochter und wie er erzogen wurde. „Ich würde mir wünschen, dass Angela Merkel das Buch liest“, verrät Alouche. Er ist der ehemaligen Kanzlerin dankbar, dass er vor sechs Jahren einreisen durfte.



Rendezvous mit einem Oktopus

Sy Montgomery,
Diogenes Taschenbuch, 2019, 14€

Da muss man schon Naturfreund sein und auch skurille Vertreter wie den Oktopus nicht nur als Speise wahrnehmen. Nach der einfühlsamen Lektüre über dieses wundervolle Wesen mit drei Gehirnen und Fähigkeiten, von denen wir als Menschen nur träumen können, vergeht einem der Appetit. Und das völlig zurecht. Sich pro Saugnapf mit 16 kg Zugkraft

auszustatten, 1600 Küsse verteilen und sich mit über 40 Kilogramm Eigengewicht durch eine Öffnung von knapp 10 cm Durchmesser zu begeben, wer möchte das nicht? Dieses Buch nährt Zweifel an der Vollkommenheit des Menschen und ob wir die Krönung sind, das ist auch eine interessante Frage.

Auf jeden Fall ein Buch mit viel Seele.



Als die Mauer fiel, war ich in der Sauna.

Arno Luik,
Westend Verlag, 2022, 24€

Mit einem Vorwort von Markus Lanz.

Arno Luiks Interviews beginnen oft mit provozierenden Fragen, schon mit der ersten Antwort wird der Leser in diese Gespräche hineingezogen - und liest Dinge, die er anderswo nicht gelesen hat. Arno Luik verführt seine Gegenüber von Beginn an zu einer erstaunlichen Offenheit und schafft es, Brisantes aus ihnen herauszukitzeln. Dieser Gesprächsband ist eine faszinierende Zeitreise, in der sich Geschichte auf eine mitreißende Weise

entfaltet: anekdotisch, politisch, intim. Sie zeigt, warum wir wurden, wer wir sind: eine zerrissene, eine verstörte, manchmal trotzdem schöne Welt - um die es sich lohnt, zu kämpfen. Arno Luik, 1955 auf der Ostalb geboren, ist "Stern"-Autor und lebt in Hamburg. Er war Reporter für "Tempo" und die "Wochenpost", Autor für "Geo" und den "Tagesspiegel", Chefredakteur der "taz" und Vize der "Abendzeitung". Gespräche des Interview-Spezialisten sind in mehr als zwei Dutzend Sprachen übersetzt worden.

Kulturtipp

„Aus den Akten auf die Bühne“

Das preisgekrönte Projekt macht Geschichte erfahrbar. Die kritischen Aktenfunde der Forschenden werden auf der Bühne der Shakespeare Company zum Leben erweckt.

„Eine Stadt im Krieg: Bremen 1914 – 1918“

„Wie schreibt sich der Krieg in das alltägliche Leben der Stadt ein? Welche Hoffnungen, Erwartungen, Ängste verbinden die Menschen mit dem Krieg? Wie verändert sich ihr Handeln durch den Krieg? Wie gestalten, erleben und erliden sie die „Heimatfront“? Wie verändern sich die Beziehungen zwischen Männern und Frauen durch die Trennung, durch die Erfahrungen an Front und „Heimatfront“? Was bedeutet die Feminisierung der Stadt? Die Lesung lädt die Zuschauer zu einer Zeitreise ein. Orte, Personen und Ereignisse, Entwicklungen und Konflikte von vor hundert Jahren werden sichtbar und durch überlieferte Dokumente zum Sprechen gebracht: Die Nagelung des

eisernen Roland neben dem Neuen Rathaus, das Sammeln von „Liebesgaben“ für die Soldaten oder der Schützengraben mit Offiziersstand „Zum Stillen Frieden“ auf dem Stadtwerder sind Beispiele für die Mobilisierung der „Heimatfront“.“

Di 24.05./ Do 16.06.

Jeweils 19.30 im Theater am Leibnizplatz



Foto: bremer shakespeare company

Petra Kelly hat sich gerade im Grab umgedreht als sie Hofreiter hörte

Von Wilfried Meyer

Die SPD hat nicht mehr alle Tassen im Schrank. Das Schröder-Merchandising wird eingestellt. Die Putin-Versteher-Tasse gibt es nicht mehr. Das finden wir richtig. Und wir haben gejubelt als der russische Stardirigent Walerij Gergijew von Münchens Oberbürgermeister Dieter Reiter (SPD) ein Ultimatum gestellt bekam. Distanzier dich. Und: Die Bayerische Staatsoper trennt sich von Anna Netrebko. Die Sängerin habe sich nicht ausreichend von Wladimir Putin distanziert. Und in Russland will sie auch keiner haben, „sie möchte, dass der Krieg aufhört“.

Wir haben auch überlegt was wir machen können. Die russischen Kinder müssen im Unterricht jetzt Friedenstauben malen und basteln. Dann mussten sie auf dem Schulhof antreten und mit gelb-blauen Fahnen wedeln und Klitschkoparolen skandieren. „Bis zum Sieg“, „Krieg bringt Frieden“, „Frieden ist Krieg“, dieses ganze Neusprech aus Orwells 1984. Bei einem Ausflug waren wir bei Netto, Aldi, Rewe und Edeka und haben den Jugendlichen klargemacht, dass es keinen Wodka mehr gibt und das besser für sie ist. Sie sollten sich russische Tugenden zu eigen machen. Kein MacDonalds, keine Coca-Cola, kein Starbucks, kein Apple, kein Facebook und Twitter. Weil es das dort nicht mehr gibt, aus gesundheitlichen Gründen. Meine Wodkaresten habe ich weggeschüttet.

Wir haben unser Geschirr zerschlagen, Lomonosov aus Petersburg, vom Russen handbemalt. Einen Wandteller für deutsch-russische Freundschaft der Petersburger Schule und der Europaschule steht jetzt an der Straße, zum Mitnehmen.



Schallplatten wurden aussortiert mit berühmten russischen Komponisten wie Tschaikowsky und Strawinsky, Schostakowitsch. Hummelflug von Rimski-Korsakow hat sich ausgeflogen. Russen werden bei uns nicht mehr gestreamed. Haben sich nicht distanziert. Und die dicken Wälzer im Bücherregal, wo wir schon dabei sind? Ja, wen haben wir denn da: Krieg und Frieden von Leo Tolstoi. Geht gar nicht. Dostojewski, Puschkin, Tschechow in den Reißwolf, den Russen werden wir es zeigen. Und bitte gründlich, so dass die Lenin-Werke, Dietz-Verlag, und meine geliebte Fibel zum Buchstabenlernen von 1949 noch mit Stalin und Lenin drin auch mit rausflogen. Und einen großen Bildband über die Kunst im Palast in Petersburg von Katarina der Großen,

hab ich umgedreht, damit der Nachbar es durchs Fenster nicht sehen kann. Ja, big brother is watching you.

Wir wollen jetzt das Fracking-Gas vom Grünen haben, und sauberes Öl aus Saudi-Arabien, da schein ich drauf. Vorläufig ist die Heizung auf Null, so wie es Gauck gefordert hat. Und vormacht. Ein Pullover aus Solidarität tut es auch. Total nervig, und wie Klitschko sagt „feige“, finden wir auch den Brief der Promis (Stand heute 140000), die keine Waffenlieferungen wollen und Angst vor einem Atomkrieg haben. So feige wie die möchte ich nicht sein. Dann kann man auch beruhigt den Tag beschließen. Irgendwas mit Drogen vielleicht. Ich hab da noch ein paar Dosen Sputnik....

Termine



AK Zuwanderung

Montag, 13. Juni · 17 bis 19 Uhr, online

AG Arbeits- und Gesundheitsschutz

Dienstag, 14. Juni · 16 bis 18 Uhr, GEW-Sitzungszimmer

GEW-Vertrauensleute

Montag, 27. Juni · 17 bis 19 Uhr, GEW-Sitzungszimmer

GEW-Mitgliederversammlung

Dienstag, 28. Juni · 16 Uhr, Vegesacker Ruderverein

FG Berufsbildende Schulen

Donnerstag, 30. Juni · 17 Uhr, GEW-Sitzungszimmer

FG Inklusion und Sonderpädagogik

Freitag, 1. Juli · 18 Uhr, Cafe Sand (Schuljahresausklang)

AK Zuwanderung

Montag 4. Juli · 17 – 19 Uhr, online

Pädagogische Woche „Mehr Qualität wagen“

Mo., 13. bis Do., 16. Juni · Di. bis Do. 8.30 bis 15 Uhr,
Schule am Ernst-Reuter-Platz, Bremerhaven

Workshop 1 (Di.): Erfahrungsorientierter Sportunterricht

Workshop 2 (Di.): Philosophieren mit Kindern und Jugendlichen

Workshop 3 (Di.): Abenteuer Farbe

Workshop 4 (Mi.): Ein Gefühl für unsere Stadt (Treffen am Hbf.)

Workshop 5 (Mi.): Zeit für mich

Workshop 6 (Mi.): Umgang mit Konflikten

Workshop 7 (Do.): Pädagogische Analysen der
Kompetenzorientierung

Workshop 8 (Do.): Die Rolle der Führungskraft –
Gesundes Führen in der Schule

Workshop 9 (Do.): Antiziganismus –
Diskriminierung von Sinti und Roma

Anmeldeschluss: 3. Juni

Impressum

bildungsmagazIn

Mai / Juni 2022
71. (83.) Jahrgang

Herausgeber

Landesverband Bremen der GEW
Bahnhofsplatz 22-28
28195 Bremen

Tel. 0421 337 64-0
Fax 0421 337 64 30
bildungsmagazin@gew-hb.de
www.gew-bremen.de
www.gew-bremerhaven.de

Geschäftszeiten: Mo – Do 8 – 12.30,
13 – 16 Uhr und Fr 8 – 14 Uhr

Redaktion

Susanne Carstensen
Tel. 0152 31882209
susanne2000@gmail.com

Swantje Hüsken
Tel. 0151 10774532
huesken@posteo.de

Karsten Krüger
Geschäftsführender Redakteur
Tel. 0173 6831678
kkruenger@posteo.de

Wilfried Meyer
Tel. 0170 2953984
wilfmey@t-online.de

Werner Pfau
Tel. 0172 1609809
internationales@gew-hb.de

Korrektur
Gerhild Fiege

Verlag
Bonifatius GmbH
Druck – Buch – Verlag
Karl-Schurz-Str. 26
33100 Paderborn
Tel. 05251 153-171
verlag@bonifatius.de

Layout und Gestaltung
das grafik.buero
Kai Becker
Tel. 0173 7458834
www.dasgrafikbuero.net

Anzeigen
Anzeigenpreisliste
Karsten Krüger
Tel. 0173 6831678

Anzeigenschluss

Heft 4 am 13.06.2022

Der Bezugspreis des bildungsmagazins ist im
Mitgliedsbeitrag enthalten.

Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis
jährlich 15,-€ zuzüglich Zustellgebühr inkl.
Mwst.

**Die Redaktion arbeitet laut Satzung
eigenverantwortlich. Die mit dem Namen
der Verfasser:innen oder anderweitig
gekennzeichneten Artikel geben nicht
unbedingt die Meinung der GEW-Gremien
oder der Redaktion wieder.**

Nachdruck – auch auszugsweise – nur nach
Information der Redaktion



Papier: Circle Volume, 100%,
Recyclingpapier

Auflage: 5500 Exemplare

Seminare

Die geplanten Seminare (siehe unten, Stand: 09.05.22) finden hoffentlich statt. Aktuelle Informationen dazu unter www.gew-hb.de

Wie weiter mit der Berufsschule?

Wie gelingt gute Bildung in Berufsschulen? Die Corona-Pandemie bringt seit März 2020 vieles durcheinander - auch den Alltag an den Berufsbildenden Schulen. Die Handelnden in der Berufsvorbereitung, in den Vollzeitbildungsgängen und in der dualen Ausbildung müssen ihre Arbeit den neuen Situationen anpassen. Für die Schüler*innen und die jungen Erwachsenen wird es nicht einfacher, den Einstieg in den Beruf zu finden. Die Betriebe und Unternehmen stellen weniger Auszubildende ein. Wir wollen in diesem Seminar Handlungsmöglichkeiten finden und Forderungen aufstellen, um ihnen zu helfen.

Freitag, 20. Mai 15 Uhr - Samstag, 21. Mai 2022, 16 Uhr

Bildungsstätte Bad Zwischenahn

Leitung: Karsten Krüger

Kosten: 20 € inkl. Verpflegung und Unterkunft (Nicht-Mitgl.: 80 €)

Meine Daten gehören mir!

In diesem Seminar können die Teilnehmenden praktisch lernen, wie sie Daten auf ihrem Computer und im Internet schützen. Im Workshop werden erstens Grundlagen zur Computersicherheit vermittelt, d.h. Fragen zu Betriebssystemen, der Verschlüsselung des Internetzugangs sowie sinnvollen Antivirenprogrammen beantwortet. Zweitens wird praktisch angeleitet, wie das Surfen im Internet funktionieren kann ohne ungewollt Daten zu hinterlassen.

Samstag 11. Juni, 11 - 17 Uhr

Bremen, DGB-Haus

Leitung: Sabine Friedrichsen

Kostenlos für GEW-Mitglieder (Nicht-Mitglieder: 20 €)

Auftanken und gesund bleiben

In diesem Seminar wird am körperlich-seelischen Spannungsausgleich gearbeitet; es bietet uns Körperbewusstsein und Wohlbefinden. Eutonie, die gute Spannung, dient der Gesundheitsförderung und der Erhaltung unserer Arbeitskraft und Lebensfreude. Wir erhalten Unterstützung, um uns von unnötiger Haltearbeit der Muskulatur, von Spannungen und Schmerzen zu befreien. Wir verfeinern unser Gefühl für das körperlich-seelische Gleichgewicht und finden zu einem achtsameren Umgang mit uns selbst und anderen. Mit verschiedenen Materialien wie Bällen, Bambusstäben oder Kirschkerne-Säckchen wird mit Berührung und wohl dosierten Druck gearbeitet.

Samstag 25. Juni, 10 - 17 Uhr

Hamburg, GEW-Geschäftsstelle

Leitung: Karin Coch,

Atem- und Leibpädagogin des BVA

Kosten: 10 € inkl. Verpflegung (ermäßigt: 5 €, Nicht-Mitglieder: 40 €)

Kanutour (nicht nur) für neue Mitglieder

Gespräche und Infos rund um die GEW, Entspannung auf dem und am Wasser. Eine Möglichkeit, die GEW und nette Leute kennenzulernen. Für Mitglieder der GEW Bremen und Bremerhaven.

Samstag 2. Juli, 10.30 - 17 Uhr

Bremen, Treffpunkt: Lilienthal, Endpunkt: Findorffhafen (Nähe HBF)

Leitung: Frank Hasenbein

Kostenanteil: kostenlos für Neu-Mitglieder inkl. Verpflegung (GEW-Mitglieder: 10 €)



Preisrätsel – Teil 6

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in diesem Jahr werden wieder die Betriebsräte gewählt. Für die meisten Menschen, die in Schule beschäftigt sind, ein Mysterium – für Beschäftigte in Betrieben die einzig organisierte Form der Arbeitnehmer:innenvertretung gegenüber dem/der Arbeitgeber:in. Es gibt gute Gründe, einen Betriebsrat ins Leben zu rufen. Aber unter welchen Bedingungen ist das möglich? Die Preisfrage zielt ab auf eure übergreifenden Kenntnisse:

Nennt drei Bedingungen für die Gründung eines Betriebsrates!

Antwort: Per Mail an

bildungsmagazin@gew-hb.de

Es winken erneut Kaltgetränke sowie ein Büchergutschein. Los geht's!